Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: C. M. Schiffer in Düsseldorf, Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 1423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

6. Jahrgang. (Erste Ausgabe.) Krefeld, Samstag, 24. Dezember 1904. (Auflage 20,000.) Nr. 52.

Eindrücke von einer Agitationsreise.

II.

Im Fürstentum Reuß-Greiz liegt auch das industriereiche Städtchen Zeulenroda. Durch Beihülfe einiger Arbeiterfreunde gelang es, hier eine Besprechung mit einer größeren Anzahl christlicher Arbeiter verschiedener Berufe zu arrangieren. Indessen kam nicht gleich eine Gründung zustande, obschon auch der anwesende (evang.) Herr Pastor sich warm für die christlichen Gewerkschaften aussprach. Die Kollegen wollten die Angelegenheit zunächst noch weiter studieren und mit den übrigen Berufsgenossen besprechen. Indessen sollte man jetzt wirklich nicht länger zaudern, sondern praktisch Hand ans Werk legen. Die geforderten materiellen Opfer dürfen die Koll. nicht davon abhalten; die zahlreichen Sozialdemokraten im Fürstentum kann man sich bezügl. der Opferwilligkeit wohl zum Vorbild nehmen.

Leipzig. In dieser Stadt gibt es viele Tausende Textilarbeiter, von denen rund 1300 dem „deutschen" Verbande angehören. Die noch schwachen christlichen Gewerkschaften haben in Leipzig eine Agitationskommission gebildet, welche sich der sehr mühevollen Aufgabe unterzogen hatte, eine große öffentliche Textilarbeiterversammlung in dem riesigen Lokal zum „Felsenkeller" vorzubereiten. Etwa 9000 Flugblätter resp. Einladungszettel waren verteilt worden. Leider verunglückte die ganze Veranstaltung trotzdem total. Die Zahl der Besucher war eine so minimale, daß es sich nicht lohnte, die Versammlung abzuhalten. An dem betr. Abend herrschte nämlich ein fürchterliches Unwetter, und war so die Teilnahmslosigkeit wenigstens verständlich. Außer den christlichen Gewerkschaftlern hatte sich ein kleines Häuflein „Deutsche" mit den Führern derselben eingefunden, ebenso war der für die Berliner Richtung schwärmende katholische Arbeiterverein durch eine Deputation vertreten. Es war jammerschade, daß eine Auseinandersetzung bezw. die Abhaltung der Versammlung nicht opportun war — das Riesenlokal eignete sich für den kleinen Kreis absolut nicht — denn die Sozialdemokraten versicherten, die Leipziger Arbeiter seien gewerkschaftlich so gut geschult, daß man für eine ruhige sachliche Diskussion hätte garantieren können. Andererseits entpuppte sich der Führer der „katholischen Fachabteilungen" als ein Heißsporn erster Güte und stolz erklärte er, bis vor kurzer Zeit noch einflußreiche Aemter in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bekleidet zu haben, indessen sei er jetzt vollständig zu den „einzig richtigen katholischen Gewerkschaften bekehrt".

Von Leipzig aus ging es in das textilindustriereiche sächsische Vogtland, wo eine ganze Reihe Orte besucht und Verbindungen angeknüpft wurden, die zum Teil aussichtsvoll erscheinen, u. a. in den Städten Glauchau und Reichenbach. In letzterem Ort fand eine vom evangelischen Arbeiterverein einberufene, gut besuchte Versammlung statt, deren Verlauf zu den besten Hoffnungen berechtigt. Wenig oder gar keine Aussicht haben wir dagegen anscheinend in der großen Stadt Plauen, wo die etwa 450 Mitglieder des „deutschen" Textilarbeiterverbandes in absolut keinem Verhältnis zu der ungeheueren Zahl der dort beschäftigten Textilarbeiter stehen. Die Arbeiterschaft wählt „rot", im übrigen ist die Gleichgültigkeit grenzenlos.

In Dresden galt der Besuch u. a. dem dortigen Sekretariat des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine des Königreichs Sachsen. Verbandsleitung und Sekretariat stehen ganz auf dem Boden der christlichen Gewerkvereine, die mehr und mehr seitens des Verbandsorgans und der einzelnen Vereine gefördert werden sollen. Bedauert wurde nur, daß die Zeit zur Vorbereitung einer Versammlung in Dresden selbst nicht hinreichte. Da die evang. Arbeitervereine in der sächsischen Hauptstadt mehrere Tausend Mitglieder haben, wäre eine solche Versammlung für unsere Bewegung zweifellos lohnend gewesen.

Die Lausitz! Welcher Textilarbeiter denkt nicht mit einem gewissen Grauen an die bekannten elenden Verhältnisse seiner Berufsgenossen in den Lausitzer Dörfern. Was jüngst noch darüber im „Christlichen Textilarbeiter" veröffentlicht wurde, entspricht leider nur zu sehr den Tatsachen. Man trifft ein jammervoll armes, zu himmelschreienden Hungerlöhnen arbeitendes Volk an, das weder Mut noch Kraft besitzt, durch Selbsthülfe an einer Besserung seiner Lage zu arbeiten. Dazu die Abhängigkeit von den Unternehmern und ihren vielfach nur allzu willigen Werkzeugen. Redet man den Leuten von Organisation, so kann man schon gleich die Angst auf den Gesichtern lesen, und scheu wird es auch wohl hier und da ausgesprochen, daß man fürchtet, auch die so elend bezahlte Arbeit noch zu verlieren. Diesen Verhältnissen entsprach denn auch die „Versammlung", die in Schirgiswalde (Sachsen) abgehalten wurde. Nicht einmal ein Dutzend Arbeiter hatten sich eingefunden, und die Furcht hielt auch diese noch ab, dem Verbande beizutreten.

Am andern Tage folgte ein kurzer Besuch in Görlitz (Schlesien) und dann ging's über Cottbus, wo auch z. Zt. noch kein Boden für uns ist, nach Forst i. L. Hier besteht schon seit einigen Jahren eine Ortsgruppe unseres Verbandes. In dem allerdings nicht sehr großen Kreise unserer Forster Kollegen steckt ein anerkennenswerter gewerkschaftlicher Geist. Sie haben keinen leichten Stand, da sowohl die Hirsch-Duncker'schen als auch die „Freien" starke Filialen besitzen. Dazu kommt noch, daß die Leitung des katholischen Arbeitervereins in das „Berliner" Fahrwasser hinüber gesegelt ist. Die „katholische Fachabteilung" der Textilarbeiter in Forst hat es auf sieben Mitglieder gebracht, im ganzen waren 13 Arbeitervereinsmitglieder, verschiedenen Berufen angehörig, in Fachabteilungen „organisiert". Eine traurige Spaltung! — Die in Forst abgehaltene Versammlung hat einen guten Verlauf genommen, die anwesenden Führer der Hirsch-Dunckerschen halten es noch nicht gelernt, mit Christlichen zu diskutieren, daher gab's für sie einen unliebsamen Hereinfall. Die „Freien" waren nicht erschienen, und die anwesenden „Berliner" wagten es nicht, ihre Patent-Idee zu verteidigen. Unsere Ortsgruppe erhielt einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern.

Unsere eifrigen Forster Kollegen hatten sich auch bereits in der Umgegend umgesehen und u. a. in Sorau den Boden in etwa vorbereitet. Dortselbst konnte am folgenden Tage ebenfalls eine — allerdings nur mäßig besuchte — Versammlung abgehalten und die Ortsgruppe perfekt gemacht werden. Auch hier klagen die Textilarbeiter über ihren miserablen Verdienst (8—12 Mk. wöchentlich), und einzelne Familienväter behaupteten traurig aber hartnäckig, davon unmöglich die Verbandsbeiträge leisten zu können. In Sorau ist die früher blühende Filiale des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Stuhl-(Textil)arbeiter von ca. 300 auf etwa 20 Mitglieder gesunken, die „Deutschen" haben ebenfalls nur wenig Mitglieder (190), und die Dinge liegen tatsächlich so, daß, wenn die Sorauer Textilarbeiterschaft sich nicht aufrafft, ihre Verhältnisse noch elender werden. — Auch im benachbarten Guben ist inzwischen eine kleine Gruppe unseres Verbandes zustande gekommen, dortselbst haben ebenfalls Forster Kollegen mitgewirkt.

Eine ganze Woche wurde dann der Provinz Schlesien, welche über 60,000 Textilarbeiter beherbergt, von denen nur ein ganz minimaler Prozentsatz organisiert ist, gewidmet. Es würde zu weit führen, die Streifzüge durch die schlesischen Textilgebiete im einzelnen zu schildern. Schlesien ist bekanntlich das Land des sprüchwörtlichen Weberelends. Der schlesische Textilarbeiter verdient 2—300 Mark im Jahre weniger als sein Berufsgenosse in Westdeutschland. Welch ein gewaltiger Apparat von Schmutzkonkurrenz im Osten, speziell auch in der schlesischen Textilindustrie an der Arbeit ist, das geht aus den jämmerlichen Löhnen (511 Mk. im Jahre durchschnittlich, für Heimarbeiter noch viel weniger) sowie aus der langen Arbeitszeit (11—12½ Stunden täglich) hervor. Ist's da ein Wunder, wenn das an sich gute und arbeitsfreudige Volk kulturell total rückständig ist? Allerdings tragen an letzterem Zustande u. E. auch noch andere Kreise eine große Schuld. Man hat die Dinge gehen lassen, wie sie eben gingen, fast keine Hand gerührt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und zu ihrer sozialen Schulung. Das Resultat ist dumpfes Dahinbrüten, grenzenloser Indifferentismus und vielfach Verzweiflung. Mehr und mehr klammert sich die Arbeiterschaft an den sozialdemokratischen Stimmzettel als den „rettenden Strohhalm".

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat also in Schlesien ein sehr schwieriges Feld. Am bedauerlichsten ist jedoch die Haltung des weitaus größten Teiles der katholischen Arbeitervereine, die sich in der Theorie für die Berliner Richtung erklären, in der Praxis aber natürlich nichts erreichen. Die paar Hundert bis jetzt in den Fachabteilungen „gewerkschaftlich organisierten" Arbeitervereinsmitglieder sind sowohl im Wirtschaftsleben wie in der Arbeiterbewegung praktisch ohne Bedeutung. Die „Berliner" werden es auch nie zu etwas bringen, das steht fest. Aber die Bewegung schadet uns durch den passiven Widerstand der Arbeitervereine gegen die christlichen Gewerkschaften. Selbst die in jüngster Zeit mehrfach erfolgte offene Stellungnahme verschiedener Bischöfe für die christlichen Berufsorganisationen hat darin keine Aenderung gebracht. Die teils schon fanatisch gewordenen Anhänger der „Berliner Richtung" berufen sich auf Breslau, d. h. den Kardinal-Fürstbischof Kopp — sehr mit Unrecht. Kardinal Kopp ist nicht Gegner der christlichen Gewerkschaften. Dies geht aus einem Schreiben hervor, welches er am 11. Januar 1904 an die Leitung des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Neisse gerichtet hat. Darin heißt es bezügl. der Gewerkschafts-Bewegung wörtlich:

„Die Gewerkschaften gehören nicht in die Aufgaben der Arbeitervereine, sondern bestehen selbständig neben diesen, wie wiederholt auch von den west- und süddeutschen Führern der Gewerkschaftsbewegung hervorgehoben. Auch liegen deren Ziele und Zwecke auf rein wirtschaftlichen Gebieten, während letztere bei den Arbeitervereinen hinter den religiösen und ethischen zurücktreten. Aber selbst wenn man zugeben will, daß beide sich einander nahe berühren, so empfiehlt es sich doch zur Zeit, wo die Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Richtungen auseinandergeht, nicht, den Streit in die Arbeitervereine zu tragen und den Klerus in den letzteren hineinzuziehen."

Aus diesem Schreiben geht doch klar hervor, daß man den hochw. Herrn Kardinal Kopp nicht als Freund und Förderer der „katholischen Gewerkschaften" betrachten kann. Neugierig kann man allerdings sein, wie der Berliner „Arbeiter" die Worte des Kardinals zugunsten der Fachabteilungen deuteln und interpretieren wird.

Die Versammlungen, welche in Neustadt und Langenbrück stattfanden, sind bereits im „Christ. Textilarbeiter" erwähnt worden. Nach einem Besuch des Reichenbacher Reviers fand noch eine interessante Versammlung in Landeshut statt. Hier kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den „Berlinern". Der katholische Pfarrer, gleichzeitig Präses des Arbeitervereins, hatte die Vereinsmitglieder, insbesondere die „Fachabteiler" eine Stunde vor Beginn unserer Versammlung durch Inserat in das Pfarrhaus geladen. Dort wurden sie zweifellos instruiert und kamen später, ca. 60 Mann stark, unter Führung des Arbeitersekretärs Müller-Waldenburg (von den „Berlinern" angestellt) in das Versammlungslokal. Nach dem Vortrage wurde freie Diskussion angekündigt. Niemand meldete sich, obschon im Referat die Berliner Richtung kurz sachlich kritisiert worden war. Dann sprach ein christlicher Gewerkschaftler fast nur gegen unsere Berliner „Freunde". Herr Arbeitersekretär Müller schwieg. Erst als der Referent, Kollege Schiffer, ihn direkt aufforderte, seine Ansicht zu äußern, kam Herr Müller mit der verblüffenden Erklärung, daß er kein Gegner der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften sei. Indessen war das Eis nun geschmolzen, der Referent ließ nicht locker, Herr Müller mußte „seine" gewerkschaftlichen Ideen auskramen. Er sprach sachlich und ruhig, allein so unhaltbar und phrasenhaft, daß es seiner Sache im Laufe der Diskussion wirklich schlecht erging. Die Versammlung endete, wie das Lokalblatt — welches die oben angeführte Annonce des Arbeitervereins gebracht hatte — am andern Tage schrieb, mit einem glänzenden moralischen Siege der christlichen Gewerkschaften.

Nach einem kurzen Aufenthalte in Breslau wurde die Rückreise über Berlin-Hannover angetreten. In Hannover-Linden fand noch eine Versammlung statt, über die bereits berichtet wurde. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in Hannover einen erfreulichen Aufschwung genommen, und auch unsere junge Ortsgruppe Linden ist dank der unermüdlichen Tätigkeit unserer dortigen Verbandskollegen schon bedeutend gewachsen. Nur munig weiter!

Das Gesamt-Resumé läßt sich dahin zusammenfassen: Die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und unser Textilarbeiterverband im besonderen haben sowohl im thüringischen und sächsisch-vogtländischen Industriegebiet als auch in Schlesien noch weite und auf die Dauer ergiebige Felder für ihre Agitation. Indessen ist mit wenig Mühe und geringen Kosten nicht viel zu erreichen, vielmehr ist es notwendig, in die genannten Gegenden tüchtige Agitatoren zu verpflanzen und dieselben in den ersten Jahren mit reichlichen Geldmitteln zu unterstützen. Die Frage ist nur die, ob wir diese Opfer mit Rücksicht auf die erst spätere Rentabilität bringen oder auf die genannten großen Gebiete ganz Verzicht leisten wollen. Denn das eine steht fest: Bringen wir die erforderlichen Opfer nicht, dann tun dies andere, und wir haben dann das zweifelhafte Vergnügen, zu spät zu kommen

Zur Reform des Verbandsstatuts.

Wo zum Vorteile einer geschlossenen Korporation Reformen z. T. veraltete und unpraktische Satzungen ablösen sollen, hat eine solche Maßnahme naturgemäß eine vollständige Reorganisation des Ganzen zur Folge. Nicht, daß ich die bisher bestandenen Satzungen unseres Verbandes am Ende ihrer Lebenstage bemängeln wollte, durchaus nicht, sie haben bis jetzt ihren Zweck vollauf erfüllt, aber die heutigen Verhältnisse verweisen sie in die Rumpelkammer. Will unsere Organisation mit der Zeit vorwärtsschreiten, so müssen ihre Satzungen den weiteren ideellen, sowie materiellen Forderungen der Mitglieder Rechnung tragen. Und das will der neue Statutenentwurf doch in erster Linie. Oder überflügelt der gute Wille etwa die angestrebten positiven Verbesserungen? Wir wollen sehen.

Der Gesamteindruck des neuen Entwurfes hinterläßt bei jedem aufmerksamen Beobachter das Gefühl, daß derselbe auf die Entfaltung einer regeren und wirksameren Agitation zugeschnitten ist. Angesichts der Tatsache daß unsere übrigen Berufsorganisationen (Holzarbeiter, Bauhandwerker u. a. m.), dank ihrer vollendet demokratischen Satzungen, sich rapide entwickeln können, ist die vorgeschlagene Form unseres Statuts im Interesse unseres Verbandes nur mit Genugtuung zu begrüßen. Ich scheue mich nicht zu behaupten: hätten wir dieses neue Statut schon einige Jahre früher gehabt, so würde dasselbe dem Verbande die Wege zur Weiterentwickelung bedeutend geebnet haben, und wir könnten heute schon, reich an Erfahrungen, betretene Pfade wandeln.

Das allseitig, durch Zuschriften bekundete Interesse der Mitglieder spricht am deutlichsten für die Notwendigkeit dieser Reform. Wenn ich meine, allerdings unmaßgeblichen Abänderungs- bezw. Verbesserungsvorschläge zum Ausdrucke bringe, geschieht dies lediglich aus Interesse für die Sache. Zur freieren Entfaltung der schlummernden Kräfte wäre eine größere Bewegungsfreiheit, d. h. mehr Selbständigkeit des Einzelnen, natürlich auf Grundlage des demokratischen Prinzips, ohne Lockerung der so notwendigen Disziplin, wünschenswert. Und was das einzelne Mitglied als wünschenswert betrachtet, wird zu einer elementaren Forderung der einzelnen Ortsgruppen. Wäre das Wort Opferwilligkeit bei allen Mitgliedern zur lebendigen Tat geworden, so würde manches, was heute als notwendig erscheint, überflüssig werden. Es ist, wie oben schon bemerkt, in dem neuen Entwurf klar zu erkennen, daß das Hauptaugenmerk auf die Möglichkeit einer intensiveren Agitation gerichtet ist. Die meisten Agitationsarbeiten haben verhältnismäßig die einzelnen Mitglieder in Gemeinschaft mit den Ortsgruppen-Vorständen zu leisten. Was von dem Einzelnen für persönliche und materielle Opfer gebracht werden, wird jedem tätigen Mitgliede bekannt sein. Die Förderer (Vertrauensmänner) wissen am besten ein Lied davon zu singen. Und daß bei

den leider so schlecht entlohnten Textilarbeitern der weitgehendsten Opferwilligkeit eine oft zu enge Grenze durch die Verhältnisse gezogen wird, versteht sich am Rande. Dieses in der Hauptsache und noch einzelne Nebenumstände bilden die Ursache, daß es gar oft sehr schwer hält, gewissenhafte und tatkräftige Vertrauensleute zu finden. Tüchtige Förderer bilden die Seele der Ortsgruppen. Möchten die Kollegen daher auf die Regelung des Vertrauensmännerwesens ein Hauptaugenmerk richten. Viele Ortsgruppen geben den Förderern ein Entgelt (welches natürlich nicht als eine formelle Besoldung gelten kann), und wo das geschieht und dabei neben den sonstigen laufenden Ausgaben noch ein Betrag an das Gewerkschaftskartell entrichtet wird, ist ständig Ebbe in der Kasse der Ortsgruppe. Was bleibt dann noch für die so notwendige Agitation übrig? Daher ist es, besonders für die Zukunft, in anbetracht der weiteren Kosten laut § 34 des neuen Statuts, durchaus notwendig, daß den einzelnen Ortsgruppen mindestens 20% der Einnahmen verbleiben. Mehr wäre noch besser! In den meisten anderen Berufsverbänden ist dies m. W. stets der Fall gewesen. Ich lasse mich hier durchaus nicht von Gefühlsmomenten leiten, mache diesen berechtigten Vorschlag vielmehr vom rechnerischen Standpunkte. Zu einer jeden Agitation gehört Geld und nochmals Geld, und wo das den Ortsgruppen fehlt, sind denselben gewissermaßen die Hände gebunden. Das möchte ich unter größerer Bewegungsfreiheit verstanden wissen.

Die gemachten Vorschläge der Organe zur Leitung des Verbandes bedeuten gegenüber dem jetzigen komplizierten und kostspieligeren Apparat einen Fortschritt, ließen sich aber m. E. noch bedeutend vereinfachen. Anstelle des Bezirksausschusses müßten die Agitationskomitees treten, deren Vorstände gleichzeitig die Generalversammlung bilden. Die nun nachfolgenden Vorschläge möchte ich nicht als besser dahingestellt wissen, sondern nur wegen der eminent wichtigen Sache meine Meinung zum Ausdrucke bringen.

§ 6. 3. Zeile: von mindestens 10 Mark entrichten.

§ 7. Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pfg., für weibliche 30 Pfg.

§ 8. (d) sofern er länger als eine Woche beträgt.

§ 9 zum Schluß: Außerdem wird im II. Quartal eines jeden Jahres pro Mitglied 10 Pfg. Extrabeitrag erhoben, und dieser Betrag dem Agitationskomitee für besondere Ausgaben überwiesen.

§ 13. Organe für die Verwaltung und Leitung des Verbandes sind:

I. Der Zentralvorstand.

II. Die Agitationskomitees, bezw. die Generalversammlung.

III. Die Ortsgruppen.

§ 14. 3. u. 4. Zeile, Absatz 1: und 8 Beisitzern.

§ 28 zum Schluß: Ortsgruppen, oder mehrere räumlich zusammenhängende Ortsgruppen, sofern sie mindestens 1000 Mitglieder zählen, sind gehalten, einen Geschäftsführer freizustellen.

Zu A. (Streikreglement) würde es sich empfehlen bei § 3 den letzten Absatz: „Soll ein . . . .“ fallen zu lassen.

Zu § 10 5. Zeile: Nicht über 12 Mk. in der Woche betragen.

C. (Krankenunterstützung.)

§ 1.

Nach ununterbrochener ein- bis incl. zweijähriger Mitgliedschaft 2,50 Mk. Nach ununterbrochener zwei- bis incl. vierjähriger Mitgliedschaft 3 Mk. Nach ununterbrochener vierjähriger und längerer Mitgliedschaft 4 Mk.

§ 5.

Dieselbe Karenzzeit. Einzelne Krankheitstage: 0,40 Mk., 0,50 Mk., 0,65 Mk.

Soweit meine Vorschläge. Die Einführung einer Krankenunterstützung ist freudig zu begrüßen, wird doch dadurch einem längst gehegten Bedürfnisse innerhalb unseres Verbandes Rechnung getragen. Es ist gerade hierbei sehr vonnöten, daß man sich auf Grund von Erfahrungen anderer Unterstützungskassen rechnerisches und bewährtes Material sammelt. Zu weitgehende Humanität muß notgedrungen vor den starren Zahlen Halt machen. Meine Ansicht ist die, daß, wenn die Sätze in obiger Weise festgelegt werden, die Einrichtung nicht mit einem Risiko auf Kosten der Mitglieder oder des Verbandes zu rechnen hat. Es muß auch mit den unvermeidlichen Begleiterscheinungen bei derartigen Institutionen gerechnet werden, als da sind: Arbeitslosigkeit, Streiks, epidemisch auftretende Krankheiten usw., wobei weniger Geld in die Kasse fließt.

Alles in Allem bedeutet diese Reform in organisatorischer Hinsicht einen kräftigen Ruck vorwärts. Kollegen! Zeigen wir, daß wir auch gewillt sind, weiter mitzuarbeiten, damit in nicht allzu langer Zeit der jetzt ausgestreute Samen reichliche Früchte trägt.

Krefeld. W. Roven.

* * *

Alle die in der Agitation tätig sind, auch unsere „stillen“ Agitatoren, werden mit mir der Meinung sein, daß den Unorganisierten gerade der Anfang der Mitgliedschaft sehr schwer ist, und das Beitragzahlen für die Meisten ein „Hemmnis“ vulgo Schreckgespenst zum Beitritt bildet. Nun kommt noch das Eintrittsgeld dazu, und weil es 50 Pfg. beträgt, scheuen manche Familienväter, jugendliche Arbeiter und sehr viele Kolleginnen zurück und gerade dort, wo die Organisation noch nicht fest gewurzelt ist, sind in der Regel die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht, aber der Indifferentismus ist groß. Mancher Agitator wird schon erfahren haben, daß das hohe Eintrittsgeld vielfach ein Hindernis in der Agitation ist. Wenn auch andere Umstände für die bisherige Höhe desselben sprechen, so erlaube ich mir doch, auch unter Hinweis auf andere Organisationen, welche das Eintrittsgeld niedriger stellen als wir, vorzuschlagen, selbiges zu verringern, und zwar für männliche Mitglieder auf höchstens 30 Pfg., für weibliche auf höchstens 20 Pfg. zu stellen. Auch dies würde die Agitation sehr erleichtern und unserer Kasse eher nützen wie schaden, da jedenfalls der Mitgliederzuwachs größer sein wird. — Auch bin ich dafür, daß die Ortsgruppenkassen 25% der Einnahmen erhalten.

Euskirchen. Arnold Hamacher früher in Brand.

* * *

Nachdem schon von verschiedenen Seiten der neue Verbandsstatuten-Entwurf einer Kritik unterzogen worden ist, will auch ich mich entschließen und meine Ansicht sowie auch die Meinung der hiesigen Kollegen zum Ausdruck bringen. Im § 19 heißt es u. a.: Außerordentliche Generalversammlungen dürfen nur bei dringenden Anlässen vom Zentralvorstand einberufen werden. Die hiesigen Kollegen können es nun nicht verstehen, warum der Zentralvorstand nur allein das Recht haben soll, Generalversammlungen einzuberufen. Es können doch auch Umstände eintreten, wo eine Generalversammlung am Platze wäre, der Zentralvorstand für dieselbe jedoch nicht zu haben ist. Vielleicht läßt sich der § in soweit ändern, daß eine bestimmte Anzahl von Ortsgruppen, vielleicht ein Drittel der Gesamtzahl, das Recht hat, die Abhaltung einer Generalversammlung zu fordern. Ferner: Warum ist bei der Krankenunterstützung im § 2 eine Karenzzeit von 7 Tagen vorgesehen und nicht von 3 Tagen, wie bei den staatlichen Krankenkassen? Was noch weiter bei den Mitgliedern Bedenken erregen könnte, ist die in § 4 festgesetzte Karenzzeit von 52 Wochen. Ist dieselbe nicht etwas zu lang bemessen? Vielleicht läßt sich dieselbe auf 26 Wochen herabsetzen. Zum Schluß möchte ich die Kollegen von nah und fern bitten, auch diese Anregungen zum Gegenstand ihrer Kritik zu machen, auch ich bin der Belehrung zugänglich.

Langerfeld. J. A.: Johann Nowotny.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Die „Mitteilungen des Gesamtverbandes“

werden ab 1. Januar einem Beschlusse des Vorstandes zufolge unter dem Titel „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in der Regel 16seitig, geheftet herausgegeben.

Die ‚Mitteilungen‘ wurden auf Beschluß des christl. Gewerkschaftskongresses in Frankfurt am 1. April 1901 herausgegeben und sollten das Korrespondenz- und Verbindungsorgan zwischen den Vertrauensmännern, Vorstandsmitgliedern und allen in der christl. Gewerkschaftsbewegung sich betätigenden Arbeitern sein. Mit dem erfreulichen Aufschwung der christl. Gewerkschaftsbewegung haben auch die ‚Mitteilungen‘ gleichen Schritt gehalten. Mit Aenderung des Titels soll auch eine weitere Ausgestaltung des Inhalts verbunden sein. Vor allem aber soll das neue ‚Zentralblatt‘ auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Der Abonnementspreis beträgt vom 1. Januar 1905 an pro Quartal nur 50 Pfg. (anstatt bisher 1 Mark), trotz des größeren Umfanges, sodaß sehr viele Mitglieder auf das ‚Zentralblatt‘ zu abonnieren in der Lage sind. Es ist damit auch Jedermann Gelegenheit geboten, die christl. Gewerkschaften indirekt zu unterstützen und sich gleicherzeit über die Bestrebungen derselben zu orientieren. Das letztere ist bei der großen Bedeutung, welche die christl. Gewerkschaften für die Oeffentlichkeit haben, jedenfalls dringend notwendig und wünschenswert.

Das Gewerkschaftsblatt,

Organ derjenigen Verbände, die ein eigenes Organ noch nicht herausgeben konnten, stellt mit dem 31. Dezember sein Erscheinen ein. Von den Verbänden, die das Gewerkschaftsblatt früher hielten, geben jetzt die Hilfs- und Transportarbeiter, Schuh- und Lederarbeiter, Schneider und Schneiderinnen, Maler und Anstreicher und mit dem 1. Januar auch die Tabak- und Zigarrenarbeiter, sowie die Keramarbeiter eigene Organe heraus. Die übrigbleibenden Verbände des graphischen Gewerbes und der Bäcker werden ihre Organfrage anderweitig zu regeln suchen. Das Gewerkschaftsblatt, das in der „Gewerkschaftszeitung“ und dem „der christliche Gewerkschaftler“ seine Vorläufer hatte, bestand 3¾ Jahre und hat, so gut es einem gemeinsamen Blatt verschiedener jüngerer Verbände möglich war, seine Aufgabe befriedigend erfüllt. Mögen jetzt die Verbände mit selbständigen Organen dem Verband der Hilfs- und Transportarbeiter, der am ersten von ihnen ein eigenes Organ herausgab, nachzueifern suchen. Dieser Verband hat jetzt 5600 Mitglieder.

Das „Reich“

ist eine christlich-nationale Tageszeitung, die es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, den christlichen Gewerkschaften in den evangelischen Kreisen neue Freunde zu gewinnen. Alle evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche Wert auf eine gute, ihre Interessen wahrende, schnell und zuverlässig über die Tagesereignisse berichtende Zeitung legen, sollten auf das „Reich“ (75 Pfg. monatlich) abonnieren. Die Geschäftsstelle des „Reich“, Berlin S. W. 61, Johanniterstr. 6, versendet gerne Probenummern. Für jede Abonnements-Bestellung, die von seiten eines christlichen Gewerkschaftlers erfolgt, vergütet die Geschäftsstelle des „Reich“ der betr. Zahlstelle 50 Pfg.

Ein neuer Verband der Wollwaren-Fabrikanten.

Zu einem Verband „zur Wahrung ihrer Interessen“ haben sich insgesamt 324 Fabrikationsfirmen der sächsisch-thüringischen und elsässischen Wollwebereien vereinigt und zwar 14 in Glauchau, 32 in Meerane, 26 in Gera, 69 in Greiz, 14 in Reichenbach, 12 in Netzschkau, 11 in Mylau, 10 in Elsterberg, 5 in Ronneburg, 9 in Neukirch, 5 in Colmar, 1 in Mülhausen i. E., 2 in Weida, 2 in Neumark, je eine in Reuth, Mühltroff, Lenheim, Lützelhausen, Sondernach, Isenheim und Leberau. Der Verband bezweckt die Erreichung günstiger Lieferungs- und Zahlungsbedingungen für die Fabrikanten, und sind insbesondere in der Kleiderstoffbranche bereits diesbezügliche bestimmte Vereinbarungen getroffen, während in der Herrenstoffbranche die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. — Gegen solche Organisationen der Fabrikanten haben die Arbeiter natürlich nichts einzuwenden, allein dieselben Unternehmer, die sich hier „zur Wahrung ihrer Interessen“ zusammenschließen, sind vielfach prinzipielle und scharfe Gegner der Arbeiter, wenn diese ihre Interessen durch die Organisation wahrnehmen wollen. Gleiches Recht für alle fordern wir, auch für die Arbeiter!

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Aachen. Endlich ist „sie“ doch gekommen, die neue „Seeschlange“, die in Nr. 49 des „Deutschen Textilarbeiters“ angekündigt und den schmählichen Hereinfall der christlichen Führer beim Streik bei der Firma Crous u. Hoffmann „beweisen“ sollte. Das Sprichwort: „Was lange währt, wird auch gut“, wird aber hier gänzlich über den Haufen geworfen; denn täppischer und kindischer ist wohl kaum ein Beweis „konstruiert“ worden, wie es in dem Artikel in Nr. 51 des „Textilarbeiters“ mit der Darstellung des Streiks bei Crous u. Hoffmann geschieht. Der Aerger, daß dem Genossen Feinhals in mehreren Versammlungen wegen seines Benehmens der Stuhl vor die Türe gesetzt worden ist, hat diesen ganz aus dem Häuschen gebracht. Wir haben den Fall Crous u. Hoffmann objektiv in unserm Organ beleuchtet und verzichten auf eine Wiederholung. Dafür können wir uns etwas näher mit dem „grellen Licht“, in dem der Genosse den Fall erstrahlen läßt, befassen. Eine Unwahrheit ist es, daß Kollege Sistenich in der ersten Versammlung der Belegschaft gesagt hat, daß er dort, wo wir die Majorität hätten, den Genossen Feinhals nicht zulassen. Sistenich hat gesagt, daß er in Belegschaftsversammlungen, „die er einberufe“, den Genossen Feinhals nicht dulde. Anlaß hierzu hat Feinhals oft genug gegeben, zuletzt noch gelegentlich der Belegschaftsversammlung der Firma Delius. Dieser „Aucharbeiterführer“ benahm sich dort wie ein Kind. Als er von der Belegschaft aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen, stellte er sich von außen ans Fenster und machte gegen unseren Bezirksvorsitzenden allerlei Grimassen und grinste ihn fortwährend an, grade wie frische Schuljungen es machen. Und solche Männer sollen als Arbeiterführer ernst genommen werden? Lächerlich ist es, wenn der Genosse schreibt: „Weniger kam es dem Herrn darauf an, die Lohnreduzierung abzuwehren, als den Aachener Textilarbeitern zu zeigen, daß die Christlichen nur Angst vor dem Arbeitgeberverband haben, jedoch mit einem einzelnen Arbeitgeber, wie Herrn Hoffmann, kurzen Prozeß machen wollen. Letzterer beschwerte sich denn auch, daß bei einem vernünftigen Vorgehen der Christlichen der Streik vermieden worden wäre!“ Der Arbeitgeberverband hatte doch mit der Sache nichts zu tun. Als aber das Vorgehen der Firma Herz u. Haymann dazu Anlaß gab, Stellung zu nehmen, hat die Belegschaftsversammlung mit Gutheißung der Verbandsleitung dieses Kipp und klar getan und sich in einer Resolution mit den Ausständigen solidarisch erklärt, für den Fall, daß die Firma es weiter versuche, die Arbeiter ihrer eigenen Fabrik nach Crous u. Hoffmann zu dirigieren. Die Firma Herz u. Haymann ist doch nach eigenem Geständnis der Genossen dem Arbeitgeberverbande angeschlossen. Also, daß bei der veränderten Lage den Christlichen das Herz in die Hosen gefallen, ist das Produkt eines überhitzten Gehirns, hervorgerufen durch das Bestreben, nach außen hin zu renommieren. Genosse Feinhals will nun in einer Versammlung auf die Unklugheit hingewiesen haben, in der herrschenden schlechten Konjunktur nicht mit den Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten. Herr Hoffmann wird sich die rührende Sorgfalt für seine Firma seitens des Genossen gewiß dankbar merken, auch daß sie von der Beschwerde des Herrn Hoffmann gebührende Notiz genommen, daß bei einem vernünftigen Vorgehen der Christlichen der Streik vermieden worden wäre. Wie mitfühlend! Die Sache liegt jedoch etwas anders: Als am 8. Dez. der Beschluß gefaßt wurde, nicht mit den Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten, sagte der anwesende Genosse Feinhals kein Wort. Als er aber zwei Tage später seine Weisheit auskramen wollte, um die Belegschaft uneinig zu machen, setzte diese ihm den Stuhl vor die Türe. Mehrere von den Ausständigen sind bereit, dem Genossen Feinhals zu beweisen, daß er etliche Tage vorher an der Fabrik gesagt hat: „Unter keinen Umständen dürft ihr mit den Arbeitswilligen zusammen arbeiten.“ Wie reimt sich dieses mit seinem Auftreten nach außen zusammen? Durch ein Schreiben des Herrn Hoffmann gelangte man erst zu der Kenntnis, daß die Firma Herz u. Haymann den Betrieb übernommen hatte. Der besagte Beschluß, nicht mit den Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten, war schon gefaßt. Unklug nennt der Genosse Feinhals die Forderung, in schlechter Konjunktur zu verlangen, daß Arbeitswillige entlassen werden sollen. Eine schlechte Konjunktur scheint ihm aber doch geeignet, um mit dem Arbeitgeberverbande anzubandeln, sonst würde er diesen nicht mit Gewalt anziehen. Diese Schlaumeier! Eine weitere Seeschlange ist es, wenn gesagt wird, den Mitgliedern des „deutschen Verbandes“ habe man die Beiwohnung der Belegschaftsversammlung verweigert; im Gegenteil! Die Belegschaft verlangte, daß diese vollzählig erscheinen sollten und nicht nur ein einzelner, zu einem leicht begreiflichen Zwecke. Unwahr ist auch die Behauptung, daß zwei Mitglieder des christlichen Verbandes zwei Tage bei der Firma gearbeitet haben und seien dieselben nur durch nachdrückliche Bemühung von Sistenich zum Aufhören zu bewegen gewesen. Der Musterweber von Herz u. Haymann ist von dieser Firma zum Arbeiten bei Crous u. Hoffmann beordert worden, hat aber die Fabrik nicht betreten. Der zweite Kollege ist zwar in der Fabrik gewesen, hat aber auch nicht gearbeitet, sondern hat nach Einsichtnahme der Sachlage dem Bezirksvorsitzenden Bericht erstattet. Wie kommt man zur solchen Unverfrorenheit? Wir können es dem Genossen Feinhals lebhaft nachfühlen, daß er dem Kollegen und Ausschußmitglied Kessels gram ist. Kollege Kessel kennt aber seine Pappenheimer und ihr Treiben, daher auch seine Stellungnahme. Einen Gladbacher Kursus hat er nicht nötig, um seine Pflicht als christlicher Gewerkschaftler zu kennen. Bei den „Deutschen“ allerdings mag es zutreffen, daß sie erst als vollgiltiges Mitglied fungieren, wenn sie Genosse sind. Unsere Mitglieder werden sich die Bezeichnung „christliche Lämmlein“ schon merken, wenn die Genossen nochmals an sie herankommen in der Art, wie der Fuchs den Hühnern predigt. Welche neue Seeschlange mag jetzt in die Welt gesetzt werden, um die bösen Christlichen zu vernichten?

Anrath. Der Kampf in Anrath ist nach siebentägigem Ringen zu Gunsten der Arbeiter beendigt. Der Arbeitgeber, Herr C. Lange, hat ganz erhebliche Zugeständnisse gemacht. Dieser Erfolg ist nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der besserzahlenden Fabrikanten zu begrüßen, denn ein Unterbieten im Preise um 10 oder 20 Pfg. auf Kosten der Arbeitslöhne ist jetzt einfach ausgeschlossen. Ferner gewinnt der Erfolg an Bedeutung dadurch, daß „die Christlichen“ es allein gemacht haben. Die Lohnerhöhung ist so gewaltig, daß wir es für angebracht halten, den Lesern einiges mitzuteilen. Ein Werk, doppelt breit, 24/2 mit 180 Schuß wurde früher gelöhnt mit 30 Pfg. pro Meter, jetzt mit 40 Pfg. Ein Werk, einfach breit, 24/4 mit 203 Schuß wurde früher gelöhnt mit 26 Pfg., jetzt mit 37 Pfg.; so geht es durcheinander für alle Crawattwerke von 7½ bis unter Umständen 100%. Diese 100% werden nämlich erreicht, wenn auf diese Werke Grain-, Royal- oder Bourgol-Fonds, wofür jetzt pro Meter 4 Pfg. (früher 0 Pfg.) bezahlt werden und mehr Bäume in betracht kommen. Für jeden Baum, z. B.: 2, 3, 4, 5, 6 usw. werden pro Meter auf Crawattstoff 2 Pfg. bezahlt. Auch wurden die uni-Werke zum Teil bedeutend erhöht, mehr oder weniger alle Werke, bis auf einzelne. Dann erhielten die Winderinnen zum Teil eine Aufbesserung von 7½ bis 20%, die Scheererinnen eine solche von 33⅓ bis 50% beim Aufscheeren. Die Pflücker von 33⅓%. Dann wurde der Tagelohn für Männer von Mk. 2,50 auf 3,20 erhöht; die Mädchen erhalten Mk. 2,70. Außerdem werden die Muster für den Tagelohn von Mk. 3,20 und 2,70 gemacht, Musterakkordarbeiter erhalten den Lohn als Mindestverdienst garantiert. Auch werden die mehr wie 2 Spulen bezahlt; Einstuhllohn tritt vom Augenblick des Abgehens der Kette auf dem 2. Stuhl in Kraft, wenn der 2. Stuhl innerhalb zwei Tagen nicht schußparat ist. Es erfolgt für alle Arbeiter wöchentliche Lohnung; die Lohnliste wird ausgehängt, Maßregelungen finden nicht statt u. a. mehr. Wie schon eingangs bemerkt, ist der Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Stoffweber. Deshalb rufen wir ihnen zu: Vorwärts mit frischem Mute!

Dem Erfolg in Anrath haben wir noch zuzufügen einen Erfolg bei Brettdal in Krefeld und bei Wackers in Grefrath. Die Erfolge betragen hier 6—16%; außerdem wurde bei Wackers der Tagelohn auf 3 Mk. und 3,50 erhöht, auch werden bis 80 Meter Kette 60 Pfg. pro 1000 Faden für Andrehen bezahlt (früher nichts). Was sagen die Unorganisierten dazu? Nutzt es doch nichts? O, diese Toren! Die Taten reden doch eine deutliche Sprache. Wenn wir uns vor Augen führen die Erfolge in St. Tönis, Amern, Fulda, Jöllenbeck, Anrath, Krefeld und Grefrath, dazu die Erfolge von Aachen und Gladbach, dann müssen auch die Pessimisten ausrufen: Es nutzt doch!!! Da diese Vorteile der Allgemeinheit zu Gute kommen, wirken unsere Gewerkschaften kulturfördernd. Wir aber rufen den noch Fernstehenden zu: Alle hinein in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter, den Armen und Schwachen zum Schutz und allen unsern Gegnern zum Trutz!

Bocholt. Zu einer großartigen Kundgebung echt gewerkschaftlichen Lebens gestaltete sich die am 4. Dez. abgehaltene öffentliche Versammlung. An 1200 Personen, darunter eine große Zahl Arbeiterinnen, hielten die Plätze in der „Rotenburg“ besetzt und lauschten mit gespanntem Interesse den Worten unseres Zentralvorsitzenden Schiffer und Fräulein Imle. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Schmitz, eröffnete die Versammlung und zeigte in einer kurzen Ansprache die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Hierauf nahm Kollege Schiffer das Wort und führte in begeisternder Rede den Anwesenden die Forderungen vor Augen die in unserer in der Kultur fortgeschrittenen Zeit an den Arbeiter gestellt werden. Der Arbeiter soll denken lernen, er soll streben und handeln. Der moderne Arbeiter interessiert sich nicht nur dafür, was hinter den engen Mauern seiner Fabrik passiert oder im kleinen Kreise seiner Familie, nein, ein Arbeiter, wie ihn unsere Zeit erfordert, läßt seine Blicke über den Rahmen dieser engen Verhältnisse hinausgehen; er nimmt auch regen Anteil daran, was draußen in der Welt vor sich geht, er bekümmert sich auch um das Wohl und Wehe seiner Standesgenossen; er verfolgt besonders mit Interesse die Vorgänge in der Arbeiterbewegung. Nicht die Unternehmer sind unsere schlimmsten Gegner, nein, unser größter und gefährlichster Feind ist die Gedankenlosigkeit in den Arbeiterreihen. Wonach sollen wir streben? Wir erstreben eine größere Anteilnahme an den Gütern der Kultur; wir erstreben die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen der Gesellschaft. Um aber die Gleichberechtigung zu erstreben, ist ein mutiges und tatkräftiges Handeln unsererseits speziell auf dem Gebiete der Sozialpolitik unbedingt notwendig. Wir müssen uns zusammenscharen, Mann an Mann, laut und einmütig unsere Stimme erheben. Wir fordern jetzt mit allem Nachdruck daß das Koalitionsrecht ausgebaut und gesichert wird; wir fordern die Anerkennung der Berufsvereine, die Errichtung von Arbeitskammern, die Festsetzung des zehnstündigen Maximalarbeitstages und die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetze unter Wahrung der freien Selbstverwaltung und nicht zuletzt die Einschränkung der Frauenarbeit in den Fabriken. Aber wir dürfen nicht alles Heil von der Gesetzgebung verlangen. Wir haben Forderungen, die für uns von der größten Bedeutung sind, die nur auf dem Wege der Selbsthülfe geregelt werden können. Das erfordert Mut, Arbeit, Solidarität und vor allem: Opferwilligkeit. Wir christliche Arbeiter opfern und kämpfen nicht allein für materielle Interessen, nein, wir kämpfen für unsere religiöse Ueberzeugung, für unsere patriotische Gesinnung. Unser Kampf zeigt erfreuliche Aussichten. Es sind Gesetzentwürfe in Vorbereitung betr. Errichtung von Arbeitskammern und Anerkennung der Berufsvereine. Doch in anderer Hinsicht sind die Aussichten für die Ar-

bekter nicht schlecht. Jedoch ist noch vieles zu erringen. Möge die Arbeiterschaft und speziell die Arbeiterschaft von Bocholt es eingesehen haben, daß ohne Zusammenschluß nichts zu erreichen ist. Möge die Bocholter Ortsgruppe als Vorbild dienen können für die gesamte gewerkschaftliche Bewegung und eine feste Truppe bilden in dem Kampfe für unsere heilige Sache. Lebhafter Beifall folgte den ca. eirstündigen Ausführungen unseres Zentralvorsitzenden. Nach einer kurzen Pause nahm sodann Frl. Imle das Wort. Was wollen wir in unserer Gewerkschaft? fragte sie mit lauter und klarer Stimme. Wir wollen nicht anderes als christliche Gerechtigkeit. Wir wollen das Eigentum des Arbeiters schützen. Denn die Arbeitskraft ist das Einzige, was ein Arbeiter besitzt. Mit diesem Eigentum muß ein Arbeiter wohl sorgsam umgehen, er muß es wahren und schützen, soviel er kann. Denn mit dem Besitze dieses Eigentums ist nicht allein sein Wohlergehen auf das engste verknüpft, sondern auch die Existenz seiner Familie, das Wohl einer ganzen Gemeinde, ja, einer großen Nation. Wehe Jedem, der es wagt, dieses große Gut anzutasten. Das Eigentum des Arbeiters wird aber angetastet, wenn die Arbeitsbedingungen derart sind, daß die Arbeitskraft darunter leidet; wenn man dem Arbeiter einen Lohn gibt, von dem er sich und seine Familie keine ordentliche Nahrung erlauben kann, wenn man ihn in schlecht ventilierte Arbeitsräume steckt. Hierzu helfen, hier dem Arbeiter beizustehen, ist die große und heilige Mission der christlichen Gewerkschaft. Wir halten uns an das christliche Gebot, das da sagt, daß jeder Eingriff in das Eigentum anderer Diebstahl ist. Wir wollen nicht die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, wir wollen nicht Herrscher unserer Arbeitgeber sein; wir wollen aber auch nicht, daß man uns unser gutes Recht vorenthält, daß man uns wie ein willenloses Werkzeug behandelt. Da vermag der alleinstehende Arbeiter nichts. Denn der Einzelne ist hier nur wie eine Blase, die bei dem leisesten Hauche zerspringt. Hier kann nur der Zusammenschluß, die Gewerkschaft mit Erfolg eintreten. Wenn uns jemand sagt, wir sollen der Gewerkschaft nicht beitreten, so gehört der zu jenen, die kein freies Wort zu sagen wagen, die im Staube kriechen und ihre Arbeitskollegen verraten. Man sage uns nicht, wir wollten nur den Streik und dadurch Unsicherheit und Unzuverlässigkeit in unsere deutsche Industrie bringen. Nein, wir wollen den Frieden, wir wollen das deutsche Gewerbe zuverlässig und sicher machen durch Festlegung von langfristigen Tarifverträgen. Wir wollen auf friedlichem Wege mit unseren Arbeitgebern verhandeln durch die Arbeiterausschüsse. Doch muß eine feste und geschulte Masse hinter dem Ausschusse stehen, damit er die Wünsche der Arbeiter auch mit dem nötigen Nachdruck vorbringen kann. Und sollte uns Jemand entgegentreten und sagen: „Warum kommt Ihr nicht eher als in dieser vorgerückten Zeit, wo es zu spät ist", dem werden wir antworten, daß wir früher keine guten Christen gewesen sind, daß wir früher keine echten Männer waren. Doch zu spät ist es auch heute noch nicht. Wir wollen offen und frei unsere Forderungen erheben, und will man sie uns nicht gutwillig geben, dann schrecken wir auch vor einen Kampf nicht zurück. Wir kämpfen nicht allein für unser eigenes Interesse, sondern auch für unsere Brüder und Freunde. Wir befolgen treu das große Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Dieses Bewußtsein gibt uns Mut und Kraft, den schwersten Kampf, die tiefsten Wunden zu tragen. Da drängt sich nun die Frage auf: „Müssen auch die Arbeiterinnen auf dieses Feld des Kampfes treten?" Ja, auch die Arbeiterin, die das soziale Elend mit ertragen muß, soll es auch mit beseitigen helfen. Gerade die Arbeiterinnen haben viel verschuldet; sie haben deshalb vieles wieder gut zu machen. Für keinen anderen ist die Organisation notwendiger als für die schüchterne Arbeiterin, die es nicht wagt, ein freies Wort zu sprechen. Und sollten in deiner Fabrik keine organisierten Kolleginnen sein, so mache du den Anfang, suche die anderen zur dir herüberzuziehen, und jene unnoblen Zustände können beseitigt werden. Die verheiratete Arbeiterin weiß es zu erzählen, unter wie schlechten Verhältnissen ihr Mann zu arbeiten hat: „Ach Mann, kannst du denn nicht mehr verdienen?" Du unorganisierte Arbeiterin kannst dich nicht von dem Vorwurf frei machen, nichts mitgetan zu haben, die Arbeitsbedingungen deines Mannes zu verbessern. Drum auf, christliche Arbeiterin, zum Kampfe; lege ab den Tand und die Vergnügungssucht und werde eine mutige Streiterin für die heilige Arbeitersache, werde dem Manne ein Vorbild eines echten Gewerkschaftlers. — Nicht endenwollender Beifall folgte den Ausführungen der Rednerin. Kollege Schmitz dankte den beiden Referenten und schloß, da eine Diskussion nicht beliebt wurde, die in jeder Beziehung großartig verlaufene Versammlung, die für die Mitglieder begeisternd und befestigend gewirkt und für die Ortsgruppe eine große Zahl Neuaufnahmen gebracht hat.

Gera. Am 11. Dez. hielt unsere junge Ortsgruppe in Langenberg b. Gera, im Gasthaus „zum Feldschlößchen" eine Versammlung ab, welche neben der Belehrung der Mitglieder den Zweck verfolgte, neue Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. Kollege Focke hielt einen Vortrag über das Kassenwesen unseres Verbandes. Der Vortrag fand bei den Anwesenden großen Anklang. Wir hatten die Aufnahme von 8 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Zu Vertrauensmännern wurden noch die Kollegen Lägel und Hemmann gewählt, welche auch die Wahl annahmen. Die Versammlung wurde um 2½ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen mit dem Wunsche, daß unser Verband immer mehr blühen und gedeihen möge.

M.-Gladbach. In Nr. 49 unseres Organs wurde kurz berichtet, daß der Ausstand bei der Firma H. Boetzelen jr. welcher einen Tag gedauert habe, beendet sei; derselbe lebte in derselben Woche in zweiter Auflage wieder auf. Bei der in Gegenwart von Vertretern des Arbeitgeberverbandes gepflogenen Verhandlungen wurde verabredet, daß verschiedene Artikel durch den Arbeiterausschuß und Herrn Boetzelen noch geregelt werden sollten, und zwar im Verhältnis zu einem Artikel, der für diese Verhandlungen als Grundlage dienen sollte. Unter diesen Bedingungen waren die Arbeiter bereit, am anderen Tage die Arbeit wieder aufzunehmen, indessen wurde die Firma verpflichtet, am nächstfolgenden Donnerstag die Lohnliste auszuhängen. Diesem Abkommen kam die Firma auch nach. Es stellte sich aber heraus, daß die Firma die eigentliche Verabredung vergessen hatte, denn von einer Regelung der übrigen Artikel war auf der Lohnliste nichts zu finden. Dieses veranlaßte die Arbeiter, die Arbeit wiederum einzustellen. In den nun wieder eingeleiteten Verhandlungen, welche am selbigen Abend und tags darauf stattfanden, wurden die Wünsche der Arbeiter befriedigt und in verschiedenen Positionen Verbesserungen bis zu 12% erzielt. In einer nach den Verhandlungen stattfindenden Versammlung wurde nun beschlossen, am anderen Tage (Samstag) die Arbeit wieder aufzunehmen, indessen verpflichtete sich die Firma, daß die Lohnliste entsprechend den Verabredungen bis dahin umgeändert und ausgehängt sei. Dieser Verpflichtung kam dieselbe auch nach, nur mußte der Ausschuß zwecks Berichtigung eines Irrtumes morgens nochmals vorstellig werden, womit die Sache dann ihre Erledigung fand. Ein Umstand, der hier nicht unerwähnt bleiben darf, ist der, daß in der letzten Versammlung der Arbeiter die Frage der Unterstützung angeregt, indem hierüber Klarheit gewünscht wurde. In Anbetracht der kurzen Dauer des Ausstandes und weil viele Beteiligte ihre Karenzzeit noch nicht zurückgelegt, und die Arbeiter durch die Bewegung für die Zukunft bedeutende Vorteile errungen hatten, wurde der Vorschlag gemacht, die Beteiligten möchten aus idealen Gründen auf eine Unterstützung verzichten, was auch einstimmig angenommen wurde. — Ueber diese Bewegung bringt der „Textilarbeiter" einen Bericht, der zum Schlusse eine Verdächtigung gegen die Christlichen enthält. Nun muß man aber darüber staunen, daß diese Anzapfungen nicht mit Belegen versehen sind, denn was die „Deutschen" auch nur anscheinend berechtigterweise gegen die Christlichen vorbringen können, schlachten sie breit aus und scheuen sich mitunter nicht, solche Sachen ganz entstellt zu bringen. Wenn ein mit den Verhältnissen nicht Vertrauter die Berichte der letzten Zeit aus M.-Gladbach im „Textilarbeiter" verfolgt hat, sollte er meinen, nur der „freie" Verband hätte alle diese Bewegungen gemacht. Wie war es aber in Wirklichkeit? Wie sah es bezügl. der Mitglieder in den Betrieben aus, wo eine Bewegung ausbrach? Bei der Gladbacher Wollindustrie A.-G. vorm. L. Josten waren von 170 Beteiligten acht „Deutsche". Bei Achter u. Ebels von über 40 nur ein einziger, ebenso bei J. Hellendall. Etwas günstiger gestaltete sich die Lage für sie bei Beeker u. Neuenhofer, wo von 28 Arbeitern etwa acht „freie" zu verzeichnen waren. In all diesen Betrieben konnte von einem großen Einflusse der „Freien" doch nicht die Rede sein, trotzdem wird in die Welt hinausposaunt, als wenn nur sie es gewesen seien, die für die Arbeiter Verbesserungen zu erringen vermöchten. Es liegt aber hier System in den Verdächtigungen. Man geht von dem bekannten Grundsatze aus: Streichelt die Mitglieder und stoßet die Führer vor den Bauch! Mit diesen Verdächtigungen sucht man Gimpel zu fangen und im Trüben zu fischen. Die Führer der Christlichen brauchen sich vor den „Freien" nicht zu fürchten, denn die Arbeiterschaft in M.-Gladbach braucht sich wahrhaftig bei den „Freien" nicht zu bedanken. Positives ist bis heute von dieser Seite in M.-Gladbach und Umgegend noch nicht viel geleistet worden. Es ist dies auch selbstverständlich, weil man überall zu schwach ist, um irgend eine Bewegung machen zu können. Wollen die christlichen Arbeiter nun, daß ihre Interessen energisch vertreten werden, so kann für sie nur unsere Organisation in Frage kommen. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter hat durch seine Vergangenheit gezeigt, daß die Interessen der Mitglieder von ihm vollauf vertreten werden. Zum Schlusse wollen wir noch darauf hinweisen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht kämpfen um des Kampfes willen, auch nicht auf dem Standpunkte stehen, daß ihnen ein Streik, der 14 Wochen dauert und verloren geht, lieber ist, wie ein solcher, der 14 Tage währt und gewonnen wird, weil dann die Arbeiter nicht leicht für eine gewisse Partei gewonnen würden. Der Kampf resp. Ausstand ist bei uns das letzte Mittel, erst wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, soll zu demselben gegriffen werden Die christlichen Gewerkschaften unterscheiden sich hier von den „Freien", weil diese auch mitunter Kämpfe um der Agitation willen inszeniert haben, ohne Rücksicht darauf, wie die Bewegung endigen würde. Weil nun hier zweierlei Anschauungen zutage treten, kommt auch eine verschiedene Taktik zur Geltung, und haben wir gar keine Ursache, von der bisherigen abzuweichen, denn durch die Beobachtung derselben ist den Arbeitern bis heute noch immer gedient gewesen. — Die „Deutschen" mögen aber ihr loses Mundwerk nicht gar zu weit aufreißen, wenn sie nicht zum Schaden der Arbeiterschaft eine unliebsame Spaltung herbeiführen wollen. Großmaulerei allein tut es auch nicht.

Lobberich. In einer am 14. cr. stattgehabten Fabrikversammlung der Firma J. L. De Ball Nachf. sprach unser Ortsgruppenführer, Kollege Frank, über die Mißstände in dem Betriebe: schlechtes Material, Lohnabzüge usw. Gauleiter Reimes vom „deutschen" Textilarbeiterverband erinnerte u. a. daran, daß der derzeitige Chef der Firma bei einer gewissen Feier den Arbeitern eine gesicherte Existenz versprochen habe. Tüchtige Kollegen, die für ihre Mitarbeiter eintraten, sind aber gemaßregelt worden. Nicht nur im Sammet, sondern in der Bandfabrikation sei über schlechtes Material zu klagen. Von unserer Seite sprachen noch die Kollegen Buscher über den Wert derartiger Fabrikversammlungen und Naebers. Letzterer wies darauf hin, daß die Arbeiter selbst ebenfalls zum Teil viel Schuld an ihrem Elend tragen, indem sie den Gewerkschaften gegenüber zu gleichgültig gewesen seien. Kollege Frank schloß die Versammlung mit einem warmen Appell an die Arbeiter, nicht nur treue Verbandsmitglieder, sondern auch eifrige Agitatoren zu sein, denn nur die Organisation sei imstande die vielen berechtigten Klagen verstummen zu machen, d. h. die Mißstände zu beseitigen. — Am 18. Dez. fand eine große öffentliche Volksversammlung statt, zu der die Betriebsleiter der oben genannten Firma besonders eingeladen und gebeten waren, die Abzugsbücher mitzubringen.

Mesum bei Rheine. Gute Freunde aus der Nachbarschaft hatten auch in unserm kleinen Industrieort den Gedanken für die christliche Berufsorganisation geweckt. Nach vielen Vorbesprechungen konnte endlich am vergangenen Sonntag eine Versammlung stattfinden. Recht zahlreich waren sowohl unsere Mesumer Kollegen als auch Kolleginnen erschienen. Ebenso waren viele Emsdettener und Rheiner Verbandsmitglieder anwesend. Etwas nach 5 Uhr wurde die Versammlung von dem Bezirksvorsitzenden, Kollegen Camps aus Münster, eröffnet und wurde auf Vorschlag der Kollege Meiners von Emsdetten zum Leiter der Versammlung bestimmt. Mit einem Hinweis auf den Zweck der Versammlung und die Notwendigkeit der Berufsorganisation übernahm Kollege Meiners den Vorsitz. Er wies hin auf das Beispiel der anderen Berufsstände, die durch den Zusammenschluß gezeigt hätten, daß man vereint stark sei. Er hoffe, daß die Textilarbeiter von Mesum heute dem großen Bruderbunde beitreten würden. Dann erhielt Kollege Camps das Wort zu einem Vortrage über die Notwendigkeit der christlichen Berufsorganisation. Er zeigte, wie der Einzelne heute hilf- und machtlos dasteht. Dies könne und würde beseitigt werden, wenn die Arbeiter es gerade wie die anderen Berufsstände machten. Nicht alle Hülfe komme von oben, sondern auch die Selbsthülfe müsse mehr als bis jetzt angewandt werden. Die Bestrebungen der Organisation richten sich nicht gegen die Arbeitgeber, sondern mit dem Arbeitgeber gemeinsam wünsche diese dahin zu wirken, daß die vielen Miß- und Uebelstände innerhalb unserer Industrie beseitigt würden. Recht ausführlich wurden dann auch die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder klargelegt. Der Beitrag dürfe Niemand von der Organisation zurückhalten, denn nirgendwo würde das Geld besser angelegt als hier. Mit einem recht warmen Appell an alle Anwesenden, möglichst zahlreich dem Verbande beizutreten, schloß Kollege Camps seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Es wurde eine Pause gemacht und in dieser Zeit besorgten die Emsdettener und Rheiner Kollegen die Aufnahmen. 67 traten dem Verbande bei. In Anbetracht dessen, daß im ganzen in Mesum nur etwa 200 Textilarbeiter sind, gewiß ein schöner Erfolg. Es wurde dieses sowohl vom Kollegen Camps als auch vom Kollegen Meiners lobend hervorgehoben. Besonders wurde den neuen Verbandsbrüdern ans Herz gelegt, nun auch unverdrossen weiter zu arbeiten, damit möglichst bald der letzte Kollege und auch Kollegin Mitglieder des Verbandes würden. Recht gerne wollen sich die Emsdettener, Rheiner und Mesumer Verbandsmitglieder gegenseitig unterstützen, damit immer mehr die christliche Organisation gefestigt wird. Zum Vorsitzenden wurde gewählt der Kollege Hubert Vennemann, zum Kassierer Kollege Aug. Wegmann und zum Schriftführer Kollege Hubert Achterkamp. Zu Vertrauensleuten die Kollegen Franz Hüls, Franz Sommer und Jos. Sterthaus. So wäre dem Verbande wiederum eine neue Ortsgruppe angegliedert. Den neuen Kollegen rufen wir nochmals ein herzliches: Willkommen in unsern Reihen! zu. Mögen sie alle unverdrossen mit arbeiten, damit auch in unserer Industrie mal wieder andere Zustände platzgreifen. Den Kollegen von Emsdetten und Rheine aber auch an dieser Stelle noch herzlichen Dank für ihre tatkräftige Unterstützung bei Errichtung unserer Ortsgruppe. Möge es überall so geschehen!

Mülhausen. Um unsere Mitglieder nach harter Arbeit eine fröhliche Stunde zu bereiten, resp. dieselben wieder einmal vollzählig versammelt zu sehen, veranstalteten wir am 4. Dez. eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescheerung. Wir wurden in unseren Erwartungen nicht getäuscht, denn lange vor Beginn des Festes mußte der geräumige Saal wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde aber auch der ernsten Aufgaben des christlichen Gewerkschaftlers gedacht. Diese klarzulegen, war dem Bezirksvorsitzenden Kammerer übertragen. In seinem Vortrage wies derselbe zunächst hin auf die hohe Bedeutung des Weihnachtsfestes für die christlichen Familien und führte dann weiter aus, daß die Familie die Grundlage des Staates und der menschlichen Gesellschaft sei, die jedoch in ihrem Bestande durch die heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mißstände sehr gefährdet werde. Abhülfe könne nur geschaffen werden durch eine gründliche Wohnungsreform, durch Regelung der Lohnfrage und Verkürzung der Arbeitszeit. Ohne Organisation seien diese Fragen aber nicht zu lösen. Besonders in Mülhausen, wo noch viele tausende von Textilarbeitern vorhanden seien, die keiner Organisation angehörten, könnte man erwarten, daß mehr Mitglieder gewonnen würden. Dazu bedürfe es jedoch eifriger Arbeit aller Beteiligten. Auch die Versammlungen müßten besser besucht werden, besonders wenn es gelte, dafür einzutreten, daß neue Kollegen gewonnen werden sollen Mit einem warmen Appell an die Nichtorganisierten, doch endlich einmal dem Verbande beizutreten, schloß der Redner seinen Vortrag. Es wird nun erwartet, daß diese ernsten Worte auch beachtet und in Zukunft die Versammlungen ebenso zahlreich besucht werden, wie dieses Weihnachtsfest, welches unsere finanzielle Lage bedeutend gebessert hat, so daß wir wieder in die Lage versetzt wurden, eine regere Agitation zu entfalten

NB. Die nächste Versammlung findet statt am Montag, den 26. Dez., nachm. punkt 2 Uhr, im Lokale Horster. Kollegen! alle Mann an Bord!

Neviges. Die am Samstag, den 3. Dez. stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Es waren auch einige Kolleginnen erschienen. Gegen die Rechnungsablage über den Kartoffelbezug fand man nichts einzuwenden. Der Ueberschuß soll für die Bescheerung und den Familienabend am Neujahrstage verwendet werden. Die Bescheerung soll um 4 Uhr beginnen, sodaß um 7 Uhr der Familienabend, zu dem unser Bezirksvorsitzender Röhling die Festrede übernommen hat, beginnen kann. Auch ist es gestattet, unorganisierte christliche Arbeiter einzuführen, damit auch diese einmal etwas über die christlichen Gewerkschaften hören. Unter Verschiedenes wurde der neue Statutenentwurf unseres Verbandes eingehend besprochen. Die Anwesenden waren für die Erhöhung des Beitrages und Einführung des Krankengeldzuschusses. Eine lebhafte Debatte entstand hinsichtlich des Prozentsatzes der Beiträge für die Ortsgruppen. Man war der Meinung, daß 12% viel zu wenig ist. Wir geben hier in Neviges 10—11% für den Boten, welcher die Beiträge einkassieren und die Zeitungen bestellen muß, aus. Wir haben gewöhnlich in der Kasse Ebbe und können für Agitation nichts ausgeben. Wie gerne ließen wir mal einen auswärtigen Referenten kommen, allein, wir können nicht, wir haben kein Geld. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Neviges begrüßt mit Freuden die Einrichtung eines Krankengeldzuschusses, steht aber in bezug des Prozentsatzes der Beiträge für die Ortsgruppen, da 25% nicht zu hoch gegriffen ist, auf dem Standpunkte der Kollegen Roth-Krefeld und Kaiser-Markirch." Nachdem Kollege Franz Schulten noch einen kurzen Vortrag über die englischen Gewerkschaften gehalten hatte, schloß unser Vorsitzender die Versammlung mit dem christlichen Arbeitergruße.

Rheindahlen. Gut besucht war die von unserer Ortsgruppe am 27. Nov. abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Bezirksvorsitzender Hermes referierte über das Thema: „Der Arbeiter in der Vergangenheit und in der Gegenwart." Redner zeigte, wie der Hebel anzusetzen sei, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Besondere Berücksichtigung widmete er den Schäden der Frauenarbeit in der heutigen Industrie. Anschluß an die Organisation und soziale Schulung müsse für jeden Arbeiter selbstverständlich sein. Der hochw. Herr Vikar Lapp betonte gleichfalls den Nutzen und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften. Der Beitritt sei Pflicht, und die Eltern sollten ihre Kinder zu dieser Pflicht anhalten. Die Ausführungen der Redner wurden mit reichem Beifall entgegengenommen. In seinem Schlußwort appellierte Kollege Hermes an die Frauen, daß sie den Männern keine Vorhaltungen machen sollten, wenn sie ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachkämen. In letzter Linie dienten unsere Bestrebungen doch nur dem Nutzen der Familien. Auch mahnte er die Mitglieder dringend, die Versammlungen stets vollzählig zu besuchen und überall rege zu agitieren.

Schiffbeck. In unserer am 7. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt der Kollege Vogler aus Hamburg einen Vortrag über das Thema: Die Pflichten der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Gedankengang war etwa folgender: Vor allen Dingen sei Einigkeit der Arbeiter notwendig. Diese bedinge aber Eintritt in die Organisation. Alle ohne Ausnahme müßten immer pünktlich die Versammlung besuchen. Dort ist der Ort der Aussprache und auch der Schulung. Hier erfahre Jeder, was mit den Beiträgen geschieht, andererseits auch, wie agitiert werden soll. Wenn die Organisation stark, könne man auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen. Die geistige und sittliche Hebung leidet sehr unter dem Alkoholgenuß. Darum soll man diesen möglichst meiden. Der Gang von der Arbeitsstelle soll nicht zur Kneipe, sondern nach Hause führen. Hier soll man sich erst der Familie widmen. Wenn dann noch Zeit frei bleibe, dann solle man diese zur Ausbildung verwenden. Hierzu eigne sich vorzüglich unser Verbandsorgan und passende kleine Broschüren. Man möge unnötige Ausgaben meiden und diese für die Ausbildung anwenden. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Antrag gestellt und angenommen, die Versammlungen alle vierzehn Tage abzuhalten. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schlitz. Unsere Mitgliederversammlung vom 11. Dez. war nicht gut besucht. Kollege Geier-Fulda hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Wie muß ein christlicher Gewerkschaftler sein?" Die Anwesenden pflichteten seinen Ausführungen sämtlich bei und versprachen trotz der gegen uns unternommenen Maßnahmen treu zum Verbande zu halten. Wir richten von dieser Stelle aus an die Schlitzer Kollegen die Frage: Was bedeutet eure Zurückhaltung? Mag für unsern Ort die jetzige Situation neu sein, eine Ursache sich feige zurückzuhalten, ist nicht da. In ernster Stunde soll unsere Einigkeit die Feuerprobe bestehen, und wenn wir einig und treu zusammenhalten, werden wir trotzdem die Sieger bleiben. Ihr werdet doch nicht wollen, daß man euch noch mehr wie bisher eure Lage verschlechtert. Das wird aber eintreffen, wenn ihr der Organisation furchtsam den Rücken kehrt. Wollt ihr diejenigen, welche für die Verbesserung euerer Lage gekämpft, jetzt im Stiche lassen? Ihr seht doch, daß die Macht des Fabrikanten nicht so weit geht, daß er uns ums Brot bringen kann.

Verlautenheide. Zwei große Agitationsversammlungen hielt unsere Ortsgruppe am 27. Nov. ab. Die erste fand morgens 11 Uhr in Eilendorf im Lokale Heiliger statt. Der Besuch war so stark, daß viele Kollegen und Kolleginnen mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußten. Auch war es erfreulich zu sehen, daß selbst ältere Leute in großer Zahl erschienen waren. Fräulein Imle als Referentin redete in eindringlicher, zu Herzen gehender Weise in ¾-stündigem Vortrag über Notwendigkeit und Wert der Organisation. Wohlverdienter reicher Beifall wurde ihren Ausführungen zu teil. Kollege Steinbeck-Aachen von den Textilarbeitern und Kollege Plum-Eilendorf, Metallarbeiter, beteiligten sich an der Diskussion, die noch manchen beherzigenswerten Wink für Gewerkschaftler zutage förderte.

Nachmittags 5 Uhr fand dann in Verlautenheide die zweite Versammlung statt, die gemeinsam von den Textilarbeitern und Metallarbeitern einberufen war. Auch hier sprach zuerst Fräulein Imle. Hatte die Rednerin schon am Morgen in Eilendorf alle Versammlungsbesucher zu enthusiasmieren vermocht, so erst recht hier in Verlautenheide. Es würde zu weit führen, auf das Referat selbst, welches von echt christlichem Geiste getragen war, näher einzugehen. Mit überzeugenden Worten forderte sie besonders die Arbeiterinnen auf, Schulter an Schultr mit den Männern zu arbeiten an der Hebung der Lage des Arbeiterstandes. Zentralvorsitzender Wieber sprach hierauf über die allgemeine Lage der Arbeiter, dabei die Krisen, diese Unglückszeit für die Arbeiter, in Ursache und Wirkung beleuchtend. Als Lehre für den Arbeiter hieraus ergebe sich die eiserne Notwendigkeit der Organisation. Auch die Ausführungen des Kollegen Wieber klangen in der Aufforderung zum Beitritt in die Organisation aus. Den wirkungsvollen Referaten wurde am Schlusse von der, von über 450 Personen besuchten Versammlung nicht endenwollender Beifall zu teil. Mehrere Kollegen sprachen

in der Diskussion. Der Vorsitzende, Kollege Dohlen, forderte die Anwesenden auf, von dem Gehörten den richtigen Gebrauch zu machen zur weitern Entfaltung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften. Die beiden Versammlungen haben über 40 neue Mitglieder gebracht, denen hoffentlich noch weitere folgen. Ihnen rufen wir ein herzliches Willkommen zu. Wir wollen auch noch des guten Eindrucks Erwähnung tun, den die Kollegen und besonders der Vorstand durch den allseitigen Besuch in dieser Versammlung erhielten. Möge es immer so bleiben, und mögen die in den Referaten erwähnten Ausführungen über Standeslehre und Standespflichten ein Echo im Herzen aller Kollegen finden, damit auch der letzte Arbeiter hier zu der Ueberzeugung kommt: ich gehöre in die christliche Gewerkschaft hinein.

Viersen. Am 11. Dez. fand eine öffentliche Textilarbeiterversammlung im großen Saale der „Erholung" statt. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kollege Domesen eröffnete und leitete dieselbe. Nach einer kurzen Einleitung erteilte er Frl. Knorr aus M.-Gladbach das Wort zu ihrem Referat über das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation für Arbeiter und besonders für die Arbeiterinnen". Die Rednerin wendete sich in ihrer Aufforderung zum Beitritt in die Organisation besonders an die Frauen. Sodann erhielt Bezirksvorsitzender Pesch das Wort. In längeren Ausführungen legte Redner dar, daß die Arbeiter nicht den ihnen gebührenden Anteil an den Gütern der Kultur erhalten haben. Um sich diesen Anteil zu sichern, müßten sie sich in Organisationen zusammenschließen. Brausender Beifall wurde den Rednern für ihre trefflichen Ausführungen zuteil. Kollege Dohmesen zog zum Schluß eine Parallele zwischen der heutigen Versammlung und einer solchen von gegnerischer Seite, welche vor einigen Wochen stattfand. Hier die schönste Einigkeit und praktische Arbeit, dort nur wüste Schimpfereien. Er schloß die Versammlung mit der dringenden Bitte, dem christlichen Textilarbeiterverbande Mann für Mann beizutreten.

Zur Beachtung!

Des großen Stoffandranges wegen erscheint diese Nummer in **zwei Ausgaben.** Den entfernter liegenden Ortsgruppen wird die zweite Ausgabe am Freitag nachgesandt.

Die Redaktion.

Versammlungskalender.

Aurath. Samstag, 31. Dez., abends 9 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei Gust. Loups.

Aachen. Für den Monat Januar wird der Kassierer, Kollege Steinbeck jeden Dienstag von 7—8 Uhr im Bureau Vereinsstraße Gelder resp. Abrechnung in Empfang nehmen. Bitte die Kassierer der Ortsgruppe darauf zu achten.

Bocholt. Donnerstag, 29. Dez., abends ½9 Uhr, bei Imping Mitgliederversammlung.

Borghorst. Donnerstag, 29. Dez., abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Franz Dwersteg, Unterrichtskursus.

Coesfeld. Montag, 26. Dez., vorm. 11½ Uhr, Vertrauensmännerversammlung. Thema: Quartalsabrechnung.

Gera. Sonntag, 8. Januar, nachm. 3 Uhr, Generalversammlung im Restaurant „Goldene Kugel", Neustadtplatz 5. T.-O.: Bericht des Kassierers, Vortrag und Neuwahl des Vorstandes.

Gerven i. Westf. Sonntag, 1. Januar, beim Kassierer Vertrauensmännerversammlung betr. Quartalsabrechnung. Im Laufe der letzten Woche werden die Mitgliedsbücher eingezogen zwecks Abstempelung.

M.-Gladbach-Blumenberg. Freitag, 6. Januar, abends 7½ Uhr, Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner und Vortrag: Die Notwendigkeit der Ortskartelle und Stellungnahme der Abgabe an das Kartell.

M.-Gladbach. Mittwoch, 28. Dez., abends punkt 8½ Uhr, im Lokale der Witwe Tollertz, Unterrichtskursus. Thema: Sozialismus, Erfurter Programm.

Göppingen. Samstag, 7. Januar, Generalversammlung des Ortskartells. T.-O.: Definitive Wahl des Vorstandes und Beschlußfassung über Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Näheres wird noch in den hiesigen Tageszeitungen bekannt gegeben.

Gütersloh. Mittwoch, 28. Dez., abends 8½ Uhr, im Lokale des Wirten Pollkläsener, Mitgliederversammlung. Referent: Camps.

Hardt. Montag, 26. Dez., vorm. 11 Uhr, im Lokale der Geschw. Pillen, Mitgliederversammlung der Kohleneinkaufskasse.

Hardt-Venn. Sonntag, 8. Januar 1905, abends ½6 Uhr, im Lokale von Hubert Hallmanns zu Beltinghofen Unterrichtskursus. Thema: Die Mitwirkung der Gemeinde an der Wohnungsreform.

Hehn. Freitag, 6. Januar (Drei Könige), abends 5½ Uhr, große öffentliche Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes im Lokale Wilh. Esser. Referent: Zentralvorsitzender Schiffer-Düsseldorf.

Hersfeld. Montag, 26. Dez., mittags 1 Uhr, Generalversammlung im Kaiser-Restaurant. T.-O.: 1) Wahl der Revisoren, 2) Jahresabschluß, 3) Wahl des Vorstandes und 4) verschiedene wichtige Besprechungen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Krefeld. Sonntag, 8. Januar, abends 6½ Uhr, **großes Weihnachtsfest** der Kolleginnen der Krefelder Ortsgruppen in der „Unitas". Gäste willkommen.

Lüdinghausen. Montag, 26. Dez., nachm. 5 Uhr, im Lokale unseres Ehrenmitgliedes B. Uevelhöde, Mitgliederversammlung und Weihnachtsfeier mit Kinder-Bescheerung.

Maxlburg i. Baden. Sonntag, 8. Januar, nachm. 3 Uhr, im Lokale „Zum Meyerhof" (zweiten Stock), Generalversammlung. Reichhaltige T.-O. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Mülhausen. Montag, 26. Dez., nachm. 2 Uhr, im Lokale Horster, Belfortersir. 21, Mitgliederversammlung. Referent: L. Fehr. Thema: Die Reform unseres Verbandsstatuts.

Nybe. Sonntag, 25. Dez., nach dem Hochamte bei Witwe Benhans, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.

Viersen III. Sonntag, 8. Januar, vorm. 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Sigmund Benedey, Bockert, Mitgliederversammlung. T.-O. sehr wichtig.

Waldhausenerhöhe. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Mitgliedsbücher zum Zwecke der Revision bis zum 8. Januar eingezogen werden und wird ersucht, selbige bereit zu halten.

M.-Gladbach-Land. Allgemeiner Konsumverein, e. G. m. b. H. Sonntag, den 8. Jan., abends punkt 6 Uhr, im Lokale von Tollertz-Erben, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Kassenbericht des verflossenen Vierteljahres, 2) Mitteilungen. Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder nebst Frauen freundlichst und dringend eingeladen.

Der Aufsichtsrat.

(1.40 Mk.) J. A.: Joh. Janßen, Vorsitzender.

Kalterherberg. Am zweiten Weihnachtsfeiertage, den 26. Dezember, **öffentliches Familienfest** im Lokale von Egidius Hermanns mit gemütlicher Abendunterhaltung. Kassenöffnung um 5½ Uhr, Anfang 6½ Uhr. Alle auswärtigen Mitglieder der benachbarten Ortsgruppen sind freundlichst eingeladen. Auswärtiger Referent. (1.40 Mk.) **Der Vorstand.**

Werden. Konsumverein für Werden und Umgegend, e. G. m. b. H. Die ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. Januar, nachm. punkt 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Eikelmann, Werden, Porthofplatz, statt. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht, 2) Genehmigung der Gewinn- und Verlustrechnung, 3) Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, 4) Beschlußfassung über die Gewinnverteilung, 5) Neu- bezw. Wiederwahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, 6) Wahl einer Prüfungskommission, 7) Vortrag. Recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und ihrer Frauen erwartet

der Aufsichtsrat.

(2.40 Mk.) J. A.: Ernst Wüsthoff, Vorsitzender

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 27. November d. J. ist die Zentraleinkaufsgenossenschaft, e. G. m. b. H. zu M.-Gladbach in Liquidation getreten. Zu Liquidatoren sind gewählt die Herren Peter Schiffer, Gerh. Cremer, Heinr. Nelsen.

Die Gläubiger der Firma werden hierdurch aufgefordert, sich zu melden.

Zentraleinkaufsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Liquidation.
Die Liquidatoren:
Peter Schiffer, Gerh. Cremer, Heinr. Nelsen.

M.-Gladbach, den 1. Dezember 1904. (2,40 Mk.)

An die Ortsgruppenvorstände des I. Verbandsbezirks.

Da der Ausstand bei der Firma C. Lange in Anrath zu Gunsten der Arbeiter beendet ist, so ersuche ich die Vorstände hierdurch freundlichst, die mit Stempel versehenen Listen nebst Gelder **sofort** an unseren Kassierer **Koth, Krefeld,** Lohstraße 235, einzusenden. Sollten in einer Ortsgruppe Listen ohne unsern Verbandsstempel in Umlauf gewesen sein, dann sind diese Listen und Gelder **sofort** an unsern Kollegen und Kassierer des Streikkomitees, Herrn Heinrich Alsdorf in Anrath, einzusenden.

Der Bezirksvorsitzende: **J. Pesch.**

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Witwe Oyen in Lobberich.
Wilh. Lindacker in Lobberich.
Alois Böing in Bocholt.
Joh. Bern. Hülzink in Bocholt.

Ehre ihrem Andenken!

Corsetten für Kinder, Frauen
und Corsetten für besondere Umstände.
Kinder- und Frauen-Schürzen, Strümpfe, Näh-, Stick- und Strickgarne, Besätze, Sammte und Seide
nur solide erprobte Qualitäten bei
J. & T. Biergans, Bocholt.

Empfehlenswerte Schriften.

Folgende Schriften werden den Ortsgruppen zum Massenabsatz dringend empfohlen. Dieselben können zu jeder Zeit von der Zentralstelle des Verbandes bezogen werden:

Handbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands	0,60 M.
Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in kathol. Arbeitervereinen	0,30 M.
Protokoll des Frankfurter Arbeiterkongresses	0,25 M.
Protokoll über die Verhandlungen des 4. Kongresses der christlichen Gewerkschaften (München)	0,25 M.
Protokoll über die Verhandlungen des 5. Kongresses der christlichen Gewerkschaften (Essen)	0,30 M.
Die englischen Gewerkvereine	0,15 M.
Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter	0,15 M.

Soeben erscheint:
Meyers Grosses Konversations-Lexikon.
Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
100000 Artikel. 11,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: C. M. Schiffer in Düsseldorf, Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon Nr. 1358.

6. Jahrgang. (Zweite Ausgabe.) Krefeld, Samstag, 24. Dezember 1904. (Auflage 20,000.) Nr. 52.

Zur Reform des Verbandsstatuts.

Die Ortsgruppe Aachen II hielt am 13. Dez. eine Versammlung ab, die zu der geplanten Reform unseres Verbandsstatuts Stellung nahm. Folgende Aenderungen des Entwurfes werden von der Versammlung den Kollegen allerorts empfohlen:

Der § 5 Abs. 4 müßte u. E. folgende Fassung erhalten: „Der Ausschluß aus dem Verbande kann durch den Ortsgruppenvorstand als erste Instanz erfolgen, wenn ein Mitglied" u. s. f.

Zu § 18. Bei Abgrenzung der Wahlbezirke muß unbedingt Klarheit darüber geschaffen werden, wo und wie diejenigen Mitglieder einer Ortsgruppe, welche über die Zahl 300 sind, ihr Wahlrecht ausüben.

Zu § 25 Abs. 4. Die Gewählten sind dem Zentralvorstand mitzuteilen. Die Bestätigung durch den Zentralvorstand ist nicht angängig, weil die Versammlung hierin eine Beschneidung der Wahlfreiheit erblickt. Dasselbe gilt für § 30, die Bestätigung des Vorsitzenden der Agitationskommission betreffend.

Die Versammlung wünscht, um eine regere Agitation entfalten zu können, daß der Prozentsatz für die Ortsgruppen auf 20 gesetzt wird.

Da im neuen Statutenentwurf keine Altersgrenze für die Aufnahme vorgesehen ist, schlagen wir folgende Sätze für die Unterstützungen vor:

a) Sterbeunterstützung:

§ 1. Bei	zweijähriger	Mitgliedschaft	20	M.
„	vierjähriger	„	35	„
„	sechsjähriger	„	50	„
„	achtjähriger	„	60	„
„	zehnjähriger	„	75	„

b) Krankenunterstützung:

Nach	einjähriger	Mitgliedschaft	2.00	Mk. für	8	Wochen
„	zweijähriger	„	2.50	„ „	10	„
„	dreijähriger	„	3.00	„ „	13	„
„	fünfjähriger	„	3.00	„ „	26	„
„	zehnjähriger	„	4.00	„ „	26	„

Zu § 3. Um Streitigkeiten zu verhüten, muß festgestellt werden, ob Krankheiten, die bei weiblichen Mitgliedern durch ein Wochenbett entstehen, als unterstützungsberechtigt gelten sollen oder nicht.

Zu dem von Kollege Koth angeregten Ausschuß, der als Mittelinstanz zwischen Zentralvorstand und Generalversammlung fungieren soll, ist die Versammlung der Ansicht, daß der Kostenpunkt keine Rolle spielt, zumal, wenn man bedenkt, daß dieser Ausschuß alle drei Monate eine Sitzung abhalten soll, und diese Sitzungen auch Kosten verursachen werden.

Den angeregten Zusätzen zu § 28 Ziffer g: „Den Ortsgruppen die Befugnisse zu geben, einen Beamten freizustellen", kann die Versammlung sich nicht anschließen aus dem Grunde, weil die Ortsgruppen auch bei den vom Kollegen Koth angeregten 25% sich dieses zu leisten nicht imstande wären. Zudem hat der Zentralvorstand bezw. die Generalversammlung das Recht, dort, wo sie nötig sind, Beamte anzustellen.

NB. Bezüglich der Krankenunterstützung können wir in Aachen, wo schon Jahre lang eine Krankengeldzuschußkasse besteht, konstatieren, daß unsere Mitglieder dieselbe nicht mehr entbehren möchten. Die von uns gemachten Vorschläge erachten wir deshalb als nicht zu hochgegriffen, weil der Aachener Bezirk bei 5 Pfg. wöchentlichem Beitrag 26 Wochen lang, je nach Dauer der Mitgliedschaft, eine Unterstützung von 2 Mk., 2,50 Mk. und 3 Mk. gezahlt hat, ohne das Grundkapital angreifen zu müssen.

* * *

Nachdem schon verschiedene Kollegen ihre Ansicht zu der geplanten Reform des Verbandsstatuts bekundet haben, möchten auch wir Rheydter Kollegen Stellung zu derselben nehmen. Der § 3 regelt die Gemaßregeltenunterstützung. Dies ist einer der wichtigsten Punkte, welche wir ins Auge zu fassen haben. Wollen wir unsern Verband in die Höhe bringen, so muß jedes Mitglied agitieren. Hierbei setzt es sich aber leicht der Gefahr aus, denunziert und dadurch brotlos zu werden. Für solche gemaßregelte Kollegen müßte eine angemessene Unterstützung festgesetzt werden.

Zum § 6 bemerken wir, daß der Beitrag der Ehrenmitglieder nach Abzug der Kosten für das Organ in den Ortsgruppen verbleiben müßte.

Der § 6 müßte die Bestimmung enthalten, daß den im Herbst vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern eine Karenzzeit bis zum 1. Januar gewährt würde, da dieselben oft lange laufen müssen, ehe sie wieder Arbeit haben.

Nach § 7 sollen den Ortsgruppen auch nach der eingetretenen Beitragserhöhung 12% der Gesamteinnahmen verbleiben. U. E. kämen der Ortsgruppe 25% zu. Die Ortsgruppe soll für gute Vertrauensmänner sorgen. Diese müssen aber auch als Kollegen behandelt und dementsprechend vergütet werden. Dieses kann man nicht bei 12%. Kommt sodann einmal bei Bedarf ein auswärtiger Referent, so muß die Ortsgruppe doch auch diesen gebührend entschädigen. Aus diesen Gründen beantragen wir, den Ortsgruppen 25% zu überweisen, um in jeder Hinsicht bestehen zu können. Unseres Erachtens wäre es besser gewesen, diese Regelung als ersten Punkt zu setzen und nicht unter „Allgemeines".

Des weiteren möchten wir noch vorschlagen, die Karenzzeit bei einer Krankheit von vierwöchentlicher Dauer ganz fallen zu lassen.

* * *

Die Ausführungen des Kollegen Kayser-Markirch zum Punkte: Beitragserhöhung veranlassen mich, meine Ansicht zu derselben zu äußern.

Beantworten wir zunächst die Frage: Soll denn wirklich eine Beitragserhöhung eintreten? Nein und Ja. Die Erhöhung ist nötig, um, wie es in der Anmerkung der Redaktion in Nr. 42 heißt, die Einheitlichkeit der Beiträge zu regeln, denn mehrere Bezirke erheben schon länger 25 Pfg. Beitrag. Von einer wirklichen Erhöhung kann m. E. keine Rede sein, es müßte denn eine solche ohne bestimmte Gegenleistung eingeführt werden, und wäre dies auch im Interesse des Verbandes das Notwendigste gewesen. Die Hauptsache ist und bleibt: Hohe Beiträge, starke Kasse! Das wird eine Gewerkschaft auf die Höhe bringen. Das eine ist sicher: durch die vorgeschlagene Erhöhung auf 25 Pfg. wird die Verbandskasse nicht gestärkt: die Zentralkasse wird wenig oder gar nichts davon spüren. Noch ist es Zeit, eine angemessene Erhöhung der Beiträge eintreten zu lassen: jetzt, wo der Krankengeldzuschuß gewährt werden soll, ist es am Platze, einen Beitrag von mindestens 30 Pfg. zu erheben. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß wir vielleicht schon in den nächsten zwei Jahren gezwungen werden, den Beitrag zu erhöhen, wenn wir als zweitgrößter der christlichen Verbände nicht ins Hintertreffen geraten wollen. Faule Mitglieder springen ja bei solchen Gelegenheiten immer ab. Wird der Beitrag oft erhöht, springen auch oft welche ab. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln lassen sich diese aber sehr bald wieder ersetzen und weitere gewinnen. Dem Kollegen Kayser stimme ich darin bei, daß eine Beitragserhöhung den Mitgliedern eingeprägt werden muß. Dieselbe muß vor langer Hand besprochen werden, sie darf nicht plötzlich kommen. Die Hauptaufgabe fällt dabei den Vertrauensleuten zu: gerade sie können in dieser Hinsicht Großes leisten, wenn sie es nur verstehen, in der rechten Weise anzufassen.

Daß mein Vorschlag „Erhöhung der Beiträge auf 30 Pfg.", auf Widerstand stoßen wird, ist mir von vornherein klar, und zwar stößt er dort an, wo die traurigsten Zustände herrschen. Gerade diesen Gegenden käme doch eine Beitragserhöhung in erster Linie zu gute; mit den Mehreinnahmen würde an solchen Orten eingesetzt werden, um bessere Zustände zu schaffen. Bei einigermaßen geschickter Operation ist dieser mein Vorschlag wohl noch realisierbar.

In verschiedenen Zusendungen wurde dann noch der Vorschlag gemacht, den Ortsgruppen in Zukunft 25% der Einnahmen zu belassen. M. E. würde das der Zentralkasse doch wohl zu sehr ans Fell gehen und meine ich, mit 20% ließen sich wohl die Ausgaben der Ortsgruppen bestreiten. In „Notfällen" müßte selbstverständlich die Zentralkasse einspringen.

Barmen. Hermann Hopp.

Der Zehnstundentag in der deutschen Industrie.

Die Einführung eines allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages für die industrielle Arbeiterschaft steht an der Spitze der Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland. Im Reichstage ist eine Resolution, die seine Einführung für Fabrikarbeiterinnen fordert, einstimmig angenommen worden, auch für den allgemeinen Zehnstundentag hat sich hier eine Mehrheit gefunden. Durch private Untersuchungen ist die Notwendigkeit des Zehnstundentages für Fabrikarbeiterinnen, seine Möglichkeit für alle industriellen Arbeiter ohne Schädigung für die Industrie, überzeugend nachgewiesen worden, einsichtsvolle Arbeitgeber haben sich mit seiner Einführung einverstanden erklärt. Die vom Reichskanzler veranlaßte Enquete der Gewerbeinspektoren hat endlich ein entschiedenes Votum für den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Fabrikarbeiterinnen ergeben.

Trotz aller dieser Tatsachen hat sich die Regierung zu positiven Vorschlägen nach der Richtung eines allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages oder auch nur eines solchen für Fabrikarbeiterinnen bisher nicht entschließen können, in der Hauptsache mit der Begründung, daß die gesetzliche Festlegung eines zehnstündigen Arbeitstages eine Schädigung der heimischen Industrie bedeuten würde, die überwiegend längerer Arbeitszeiten bedürfe. Dieser letzte Einwand wird nunmehr und zwar durch eine Veröffentlichung von amtlicher Stelle entkräftet. Das Kaiserliche Statistische Amt läßt seiner im Mai erfolgten Veröffentlichung über die tariflichen Arbeitslöhne im Novemberheft des „Arbeitsblattes" eine Darstellung der Arbeitszeiten in den deutschen Gewerben auf Grund der Vereinbarungen in den Tarifverträgen folgen. Diese Arbeit stellt ein geradezu durchschlagendes Material für den Zehnstundentag zusammen.

Obwohl die amtliche Darstellung sich allein auf eine rein sachliche Aneinanderreihung der Tatsachen beschränkt, alle Schlußfolgerungen nicht nur sorgfältig vermeidet, sondern auch die allgemeine Bedeutung der erhaltenen Ergebnisse vorsichtig eingeschränkt, läßt sich doch an dem Gesamtresultat nicht „drehen noch deuteln", daß von 600 Tarifen, aus 15 verschiedenen Gewerben, 91,1% eine zehnstündige oder kürzere Arbeitszeit festgesetzt haben, während eine längere nur in 8,9% abgemacht war. Dieser Tatsache gegenüber muß der Einwand der Regierung, daß die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages für Industriearbeiter eine Schädigung für die heimische Industrie bedeuten würde, zusammenfallen, denn die vorliegenden Ergebnisse beweisen, daß er tatsächlich in der Industrie zum überwiegenden Teile bereits freiwillig eingeführt ist. Der Einwand, daß die amtliche Untersuchung infolge des benutzten Materials nur einen Teil der heimischen Industrie habe erfassen können, kann als wesentlich nicht angesehen werden. Die zu Grunde liegenden Tarife erstrecken sich über zahlreiche der wichtigsten Gewerbezweige, sie betreffen u. a. das Baugewerbe, sowie die mit ihm verwandten Gewerbe, ferner die Brauer, Schneider, Schuhmacher, Metallindustrie usw., sie geben also ein Bild von den Arbeitsverhältnissen der deutschen Industrie, das im Einzelnen in manchen Punkten von der Wirklichkeit abweichen mag, das aber im Großen und Ganzen als von allgemeiner Bedeutung bezeichnet werden kann. Wenn die amtliche Darstellung darauf hinweist, daß sich aus der Art der Tarifvereinbarungen ergebe, daß die eigentlichen Großindustrien im deutschen Reich von der Tarifvereinbarung noch wenig berührt seien, so wird man — ganz abgesehen davon, daß sich über die Richtigkeit dieser Behauptung streiten läßt — darin jedenfalls keinen Grund gegen, sondern viel eher noch einen Faktor mehr für die Möglichkeit der gesetzlichen Festlegung des allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages erblicken müssen.

Wenn es den handwerksmäßigen Betrieben möglich ist, mit einer zehnstündigen Arbeitszeit auszukommen, so wird dies in den ungleich arbeitenden Großbetrieben mit ihren technisch vollkommensten Einrichtungen an Maschinen, mit ihrer größeren Kapitalkraft, ihrer Arbeitsteilung u. s. f. erst recht ohne wirtschaftliche Schädigung möglich sein, wenn eine gewisse Uebergangsfrist gewährt wird. Die Feststellung dieser Tatsachen auf Grund einer amtlichen Untersuchung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und bedarf der Verbreitung in weitesten Kreisen. Mit ihr fällt der letzte Grund gegen den allgemeinen zehnstündigen Arbeitstag für Fabrikarbeiter.

Aus dem Tatsachenmaterial der amtlichen Bearbeitung, die ebenso wie die über die Tariflöhne sozialpolitisches Verständnis und Sachkenntnis beweist, mag folgendes kurz zusammengefaßt werden, welches die obigen Ausführungen noch ziffernmäßig belegt. Von den 600 behandelten Tarifen hatten 381 oder 83,8% den Zehnstundentag. Von den übrigen Tarifen enthielten 68 oder 11,4% der Gesamtzahl den 9½stündigen und einer einen 8stündigen, 81 oder 13,5% den 9stündigen, 9 einen 8½stündigen und einer einen 8stündigen Arbeitstag. Mehr als 10 Stunden Arbeitszeit waren in 52 Tarifen vereinbart, nämlich 10½ Stunden in 34 oder 55%. 11 Stunden in 19 Tarifen oder 32%.

Von besonderem Interesse ist es, wie diese Arbeitszeiten sich auf die einzelnen Gewerbe verteilen, und wie sich hierbei drei Gruppen unterscheiden lassen. Fast ausschließlich eine zehnstündige Arbeitszeit hat das eigentliche Baugewerbe (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter), mit ihm die Dachdecker, Steinsetzer, Brauer und Töpfer. Sie bilden eine abgeschlossene Gruppe. In einer zweiten Gruppe zeigt sich ganz deutlich das Bestreben, von dem Zehnstundentag zu einer kürzeren Arbeitszeit überzugehen. Hierher gehören in erster Linie die Steinmetzen, die nur in 4 Tarifen einen 10- bezw. einen 10½stündigen, dagegen in 18 Tarifen einen Arbeitstag von weniger als 10 Stunden haben, ferner die Stukkateure, bei denen 4 Tarifen der ersteren Art 17 der anderen gegenüberstehen, weiter die Klempner und die Glaser. Eine Neigung nach dieser Richtung zeigen die Maler und die Holzarbeiter. Eine dritte Gruppe, zu der nur die Schneider und die Schuhmacher zählen, weist gewissermaßen als entgegengesetzter Pol, noch ein Hinneigen zu einer längeren als zehnstündigen Arbeitszeit auf. Von 26 Schneidertarifen hatten 6 noch eine 11stündige, einer eine 10¾stündige, von 19 Schuhmachertarifen 5 eine 11stündige Arbeitszeit. Hier, wo die Kleinbetriebe eine wesentliche Rolle spielen, hat sich der Uebergang zum allgemeinen zehnstündigen Arbeitstag noch nicht vollständig vollzogen, wenngleich auch hier die längeren Arbeitszeiten im Absterben begriffen sind.

Auch in der Textilindustrie ist die zehnstündige Arbeitszeit zu einem großen Teile schon eingeführt. Und sicher nicht zum Schaden dieser Industrie selbst. Es ist uns wenigstens nicht bekannt, daß dort, wo die zehnstündige Arbeitszeit besteht, von den Fabrikanten eine allgemeine Verlängerung gewünscht wird. Allerdings hat sich beim Crimmitschauer Kampf der Verband sächsischer Industrieller gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden erklärt. Als Grund wird die beliebte Ausrede von der Konkurrenz angeführt, die länger und daher billiger arbeite. Man geht nun wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der von diesen Stellen angegebene Grund nicht ernst gemeint ist, sondern daß die tiefere Ursache in der Abgeneigtheit mancher Arbeitgeber zu suchen ist, den Arbeitern überhaupt irgend ein Zugeständnis zu machen.

Die Einführung der allgemeinen 10stündigen Arbeitszeit und die gesetzliche Festlegung derselben wird von den Gewerkschaften als eine unumgängliche Kulturforderung erhoben. Vielerorts hat die organisierte Arbeiterschaft in letzter Zeit wieder einen erneuten Ansturm zur Erringung dieses Zieles gemacht, so in Augsburg, Neumünster usw. Eine weitere Begründung dieser berechtigten Forderung an dieser Stelle können wir uns sparen, ebenso eine Widerlegung der gegen dieselbe ins Feld geführten Gründe. Die Arbeiterschaft wird diesen Stein, der jetzt ins Rollen gebracht ist, in Bewegung halten. Möge man nicht von dieser Angelegenheit sagen können, daß die Gesetzgebung den vollzogenen Tatsachen nachhinkt, d. h. die organisierte Arbeiterschaft durch ihr Drängen zum größten Teile die zehnstündige Arbeitszeit durch Verträge erreicht hat, ehe die gesetzliche Festlegung erfolgt.

Die in der Statistik des Reichsarbeitsblattes (Novemberheft) enthaltenen Tatsachen, die man eine indirekte amtliche

Befürwortung der Verkürzung der Arbeitszeit nennen kann, beweisen, um dies nochmals festzustellen, daß von einer „Umwälzung der Produktionsbedingungen" — wie das beliebte Schlagwort lautet — durch die Einführung des allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages nicht die Rede sein kann. Entschließt sich die Regierung zu einer gesetzlichen Festlegung, wobei sie die Mehrheit der Volksvertretung für sich haben wird, so wird dies nach einer längeren Periode sozialpolitischer Unfruchtbarkeit einen positiven Schritt vorwärts bedeuten.

Die Nachprüfung der Invalidenrente.

Das für viele unerwartet gekommene Anschwellen der Zahl der Invalidenrenten hat Veranlassung gegeben, daß in verschiedenen Landesteilen die Frage einer erneuten Prüfung unterzogen wird, ob die zur Zeit im Besitze einer Invalidenrente befindlichen Personen auch zu deren Beanspruchung berechtigt sind. Hiergegen ist an sich selbstverständlich nichts einzuwenden; es liegt im allgemeinen Interesse und nicht am wenigsten auch im Interesse der an der Aufbringung der Beiträge beteiligten Arbeiterschaft, wenn darauf geachtet wird, daß nur den Personen eine Rente zugebilligt werde, welche sich als erwerbsunfähig im Sinne des geltenden Rechts qualifizieren, und wenn man da und dort bei der Feststellung der Voraussetzungen für den Rentenbezug Fehler begangen, insbesondere eine nicht vorhandene Erwerbsunfähigkeit als vorhanden angenommen hat, so entspricht es wiederum dem öffentlichen Interesse, daß eine Korrektur eintritt. Das Gesetz bietet die Handhabe hierfür, es hat die Entziehung der Rente vorgesehen, wenn die Erwerbsunfähigkeit nicht mehr besteht, und durch die Ordnung des Verfahrens, im Wege dessen dies geschehen kann, dafür Sorge getragen, daß der Versicherte sich gegen den die Entziehung der Rente aussprechenden Bescheid derselben Rechtsbehelfe bedienen kann, wie gegen die Entschließung, die ihm die Rente von Anfang an verweigert.

Bedauerlich aber ist, daß man da und dort in anderer Weise vorgeht, daß man die Invalidenrentner kurzerhand von einem beamteten Arzt untersuchen läßt und sie, wenn der Arzt feststellt, daß sie wieder erwerbsfähig sind, eine Erklärung unterschreiben läßt, welche einen Verzicht auf ihre Rente enthält. Es sind in der Fachpresse wie in der politischen bereits hieher gehörige Fälle unter Angabe von Namen mitgeteilt worden, die den schärfsten Tadel verdienen. Allerdings ist ja ein Verzicht der Versicherten auf ihr Rentenrecht rechtswirksam — im Gegensatz zu der rechtsgeschäftlichen Uebertragung, und dieserhalb kann auch die Versicherungsanstalt späterhin die betreffende Erklärung der Versicherten mit Rechtsgültigkeit entgegenhalten, wenn sie etwa die Rente wieder beanspruchen; allein es entspricht in der Tat nicht dem Charakter des vom Gedanken sozialpolitischer Fürsorge beherrschten öffentlich-rechtlichen Versicherungsrechts, daß man die Versicherten zu Verzichten bestimmt, über deren Tragweite sie sich vielfach ebensowenig vollständig klar sind wie über ihren Inhalt.

Es macht einen bitterbösen Eindruck, wenn die Beauftragten der Versicherungsanstalt es vorziehen, einen Versicherten zu einem Verzicht auf seine Rente zu überreden, anstatt das Verfahren auf Rentenentziehung einzuschlagen. Wozu hat denn der Gesetzgeber dieses Verfahren eingeführt und im Interesse der Versicherten mit ausreichenden Rechtsgarantien ausgestattet, wenn man seine Anwendung durch Verzichte der Invalidenrentner zu umgehen weiß! Es darf mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß man mit diesem Verfahren den Intentionen des Reichsversicherungsamts nicht gerecht wird; denn wenn das Amt im Hinblick auf die gemachten Erfahrungen eine sorgfältigere Prüfung der für den Rentenbezug maßgeblichen Voraussetzungen mehrfach für erforderlich erachtet hat, so ist es doch gewiß weit davon entfernt, die Invalidenrentner der Möglichkeit berauben zu wollen, die Entschließung über die Entziehung der Rente im Rechtsmittelwege anzufechten; der Versicherte weiß vielfach gar nicht, daß er durch den Verzicht sich auch der Möglichkeit begibt, die Entscheidung des Schiedsgerichts und des Versicherungsamts anzurufen.

Hierbei kann aber auch die Bemerkung nicht unterlassen werden, daß es für die soziale Wirksamkeit der ganzen Invaliden- und Altersversicherung, ja geradezu der gesamten Arbeiterversicherung von verhängnisvoller Bedeutung wäre, wenn sich nunmehr die Tendenz zu engherziger und einseitiger Anwendung und Auslegung der gesetzlichen Vorschriften über die Voraussetzungen für die Invalidenrente einbürgern sollte; gewiß, das Vorhandensein dieser Voraussetzungen muß festgestellt werden, und über den Rahmen des Gesetzes darf auch hierbei die Rechtsübung mit nichten hinausgehen. Aber anderseits würde es doch mit dem Grundgedanken der ganzen Versicherungsgesetzgebung in schreiendem Widerspruch stehen, wenn nunmehr, weil die Zahl der bewilligten Renten in höherem Maße gestiegen ist, als bei dem Erlaß des Invalidenversicherungsgesetzes angenommen wurde, einer öden Buchstabenauslegung und einer unfreien, engherzigen Rechtsanwendung das Wort geredet werden sollte.

Es ist angezeigt, schreibt die Soziale Praxis hierzu, daß alle, welche in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung Deutschlands mit die größte Kulturtat des verflossenen Jahrhunderts erblicken, mit größter Entschiedenheit die hierauf gerichteten Tendenzen bekämpfen, und man darf auch wohl erwarten, daß, getreu seiner Tradition, das Reichsversicherungsamt dahingehenden Bestrebungen in der Rechtsprechung der Schiedsgerichte kurz und bündig entgegentritt. Rückschritte in der Rechtsübung sollen und dürfen auf diesem Gebiete am allerwenigsten gemacht werden, es wäre aber ein nicht genug zu beklagender Rückschritt, wenn man glaubte, durch eine engherzige Rechtsauslegung einen Stillstand in der Bewegung der Invalidenrenten bewirken zu können.

Ueber amerikanische Arbeiterverhältnisse

hielt Professor Sombart, der erst kürzlich von einer Studienreise aus den vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Breslau, einen Vortrag, aus dem hier nur einige Stichworte wiedergegeben seien:

„Drüben wird doppelt so schnell gearbeitet wie bei uns: die großartige maschinelle Vervollkommnung der Betriebe zwingt gerade zur Fixigkeit: so, wenn im Schlachthof das geschlachtete Vieh auf Kränen an den Arbeitern vorbeigleitet, die jeder nur einen Handgriff daran zu machen haben, oder, wenn die Mammutdruckpresse des New Yorker Herald 500 Zeitungsexemplare in der Minute fix und fertig ausspeit. Der Arbeiter wird von der Maschine mitgerissen, drum ist der in Eisenfabrikaten steckende Arbeitslohn nach Carnegie nur halb so groß wie z. B. in Deutschland, obwohl der Tagelohn doppelt so hoch ist. Amerikanische Lohnsätze: ein New Yorker Maurer erhält z. B. 25 Mk. pro Tag, ein Juwelier 75 bis 100 Mk., freilich sind das Künstlerlöhne. In Illinois ist der männliche Durchschnittswochenlohn 36 bis 80 Mk. für ⅓ der Arbeiter. Ueber 100 Mk. beziehen 6%. Der tägliche Durchschnittslohn für Männer ist 2 Dollar oder 8 Mk. Frauenlöhne fand Sombart zwischen 6 und 15 Dollar die Woche. Der Dollar hat für den Arbeiter etwa den Wert eines Talers, nur Wohnung, nicht Nahrung und Kleidung ist teurer als hier. Höhere Bedürfnisse sind allerdings sehr kostspielig. Dazu die Schattenseiten: Das Leben gilt nichts. Das Unfallrisiko ist unheimlich groß, und die Intensität der Arbeit zehrt die Menschen bald auf. Menschliche Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter gibt es nicht mehr. In den Charnegiewerken werden alle Arbeiter über 35 Jahr abgelegt, weil man sie für verbraucht hält. Wohltätigkeitseinrichtungen gibt es nicht, ebenso wenig irgend eine Versicherung vom Betriebe aus. Die Länge des effektiven Arbeitstages beträgt durchschnittlich 10 Stunden: 7—12 und ½1—½6 Uhr. Mit Kinder- und Frauenarbeit steht es noch ungünstiger als bei uns. 168 000 Kinder unter 14 Jahren sind in der Industrie beschäftigt.

Die amerikanische gewerkschaftliche Arbeiterorganisation ist die mächtigste und größte der Welt: 2½ Millionen Organisierte: davon 1⅔ Millionen in der Federation of Labour. An der Spitze der Gewerkschaften stehen Präsidenten mit hohem Gehalt, z. B. 25 000 Mk., im Durchschnitt 4000 bis 7200 Mk. Die hochbezahlten Führer werden vielfach konservativ, wie Samuel Gompers mit 5000 Dollar. Die Organisationen neben der Federation sind unbedeutend, teilweise sozialistisch-radikal wie z. B. in Colorado. Einer der bedeutendsten Gewerkschaftsführer ist John Mitchell, der den Bergarbeiterstreik mit 160000 Mann durchgefochten hat. Das Kassenwesen ist dürftig. Arbeitslosenunterstützung zahlen nur Zigarrenarbeiter und Buchdrucker; 12 Verbände zahlen 4 bis 5 Dollar Krankengeld die Woche, alle hohes Sterbegeld.

Der Hauptkampf mittelst Streik und Kontrollmarken geht um die prinzipielle Anerkennung der Gewerkschaften, um die Close-shop, die nur für Gewerkschaftler reserviert ist. Ein ausgesprochenes Zünftlertum will die einzelnen Berufe gegen einander abgrenzen, wie der Befähigungsnachweis in Oesterreich es bewirkt. Die Glasbläser erheben z. B. 500 Dollar Eintrittsgeld, andere Organisationen 50, 57, 100, 150 und 200 Dollar, auch die Beiträge sind kolossal hoch. Mit den Trusts vereint ziehen solche Organisationen oft den Konsumenten das Fell über die Ohren. Doch ist im allgemeinen die Erbitterung der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen so groß wie bei uns. Die Arbeitgeberverbände wollen jene mit Stumpf und Stil ausrotten, und die Behörden bieten fast regelmäßig Militär gegen die Streikenden auf; die Justiz gegen Arbeiter übertrifft aber noch die deutsche, mit der Injunktion-Bill verbietet man die Fortführung von Streiks. Nur von der öffentlichen Meinung, die durch die gegenwärtigen Formen der Gewerkschaftstaktik freilich etwas verstimmt ist, ist für die Zukunft der Arbeiterbewegung etwas zu hoffen.

Der amerikanische Arbeiter ist heut noch durchaus vom kapitalistischen Geiste erfüllt. Die Gewerkschaften sind nur Parallelen zu den Trusts. Wenn aber die günstigen Einkommensverhältnisse und die Möglichkeit, Siedlungsland zu erwerben, aufhören, wenn ferner die gegenwärtige äußerliche Demokratie, die den Arbeiter ebenbürtig macht, verschwinden wird, dann wird der Sozialismus ungeheuer sich entwickeln. Der Konservatismus der Gewerkschaften ist ein solcher auf Kündigung, so lange die Hebung der Arbeiterschaft eben im kapitalistischen Rahmen möglich ist. Die sozialistische Stimmzahl ist von 21 000 im Jahre 1892 auf 500- bis 600 000 heute angewachsen. Ein Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten weckt in uns keineswegs das Bedauern, daß wir in Deutschland wohnen."

Eine Debatte konnte leider wegen der Unerträglichkeit des überfüllten Raumes nicht stattfinden. Immerhin geht aus den Bemerkungen der „Bresl. Volksw.", der wir bei diesem Berichte im wesentlichen folgten, hervor, daß die Mitteilungen über die amerikanische Gewerkschaftspolitik und die kluge Taktik der Unionsregierung, die Arbeiterführer durch Berufung in leitende öffentliche Stellungen mit den Interessen der Regierung zu verknüpfen und sie dem Radikalismus zu entfremden, auf die zahlreich anwesenden Arbeiter starken Eindruck gemacht haben.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter

hat im Jahre 1903 gegen das Vorjahr, für das allein vergleichbare Angaben vorliegen, um 12458 Personen oder 3,8 v. H. zugenommen, da sie von 324380 im Jahre 1902 auf 336838 im Jahre 1903 gestiegen ist. Diese Zahl setzt sich zu etwas mehr als zwei Dritteln (221774) aus jungen Männern im Alter von 14 bis 16 Jahren, zu etwas weniger als einem Drittel (106175) aus gleichaltrigen jungen Mädchen zusammen. Knaben unter 14 Jahren wurden 5391 (gegen 4678 im Vorjahr), Mädchen 3528 (gegen 3399) beschäftigt. Die Zahl der Fabriken, die überhaupt jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist von 1902 zu 1903 von 61050 auf 62905 gestiegen. Die meisten Kinder unter 14 Jahren (31 Prozent) wurden in der Textilindustrie verwendet; verhältnismäßig zahlreich finden sie sich auch in der Industrie der Steine und Erden (15 Prozent) und bei der Metallverarbeitung (11,3 Prozent). Bei diesen Industrien sowie bei den Maschinen, Werkzeugen und Apparaten (11,7 Prozent) werden auch die meisten jugendlichen Arbeiter gezählt. Was endlich das Stärkeverhältnis der beiden Geschlechter zueinander betrifft, so hat es sich für das Alter unter 14 Jahren zugunsten des männlichen Geschlechts verschoben, da sich unter 1000 Kindern 1902 579 Knaben und 421 Mädchen befanden, 1903 dagegen 604 Knaben und 396 Mädchen. Bei den jungen Leuten von 14 bis 16 Jahren lagen die Dinge umgekehrt, da hier der Anteil der jungen Männer von 689 auf 676 sank, während die jungen Mädchen gleichzeitig einen Zuwachs von 320 auf 324 zu verzeichnen hatten.

Ausbau der amtlichen Arbeiter-Statistik in Deutschland.

In Verfolgung einer Erklärung des Staatssekretärs des Innern (am 30. Januar 1904 im Reichstag) bringt der Etat für 1905 eine Erweiterung der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts. Die Dienstgeschäfte in dieser Abteilung haben u. a. auch durch die Zuweisung der Berufs- und Gewerbestatistik und der übrigen Sozialstatistik an Umfang und Bedeutung derartig zugenommen, daß für den geordneten Fortgang und die gedeihliche Weiterentwicklung der Abteilung die Schaffung einer eigenen Direktorstelle und die Vermehrung des höheren Beamtenpersonals unabweisbar erscheint. — Hoffentlich ist diese Erweiterung der arbeitsstatistischen Abteilung nur ein Schritt weiter auf der Bahn zu einem eigenen Reichsarbeitsamt.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Borghorst. Zum ersten Punkt der Tagesordnung unserer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung bemängelte der Schriftführer, daß die Verhandlungen über die gemeinschaftlichen Belange zu viel Zeit in Anspruch nähmen. Es wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, welche die Fragen fortan allein zu erledigen hat. Für die nach zweijähriger Amtsdauer ausscheidenden Vertrauensmänner wurden die Kollegen Lindenbaum, Krude, Thier, Kauling, Vordewid und Rotterdamm neugewählt. An dieser Stelle sei den Vertrauensmännern, die trotz zweijähriger Amtsdauer ihr Amt noch weiter führen, unser Dank ausgesprochen. Sodann erhielt das Wort Herr Redakteur Ziork-Greven zu dem Vortrage über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Zu Anfang seines gediegenen Vortrages erklärte Redner zunächst das Wort Kultur und machte es an einem Vergleiche klar. Weiter bewies derselbe, daß die Gewerkschaften dadurch, daß sie die Lebenshaltung der Arbeiterschaft heben, durch Schulung und Bildung den andern Ständen gleichstellen wollen und durch ihre Stellung gegen die Fabrikarbeit verheirateter Frauen eine kulturfördernde Aufgabe erfüllen. Redner brachte jedoch auch den Beweis, daß dieser Aufgaben in richtiger Weise nur die christlichen Gewerkschaften gerecht werden können. Der Referent schloß seine Ausführungen mit einem feurigen Appell an die Mitglieder, in der Mitarbeit und in der Agitation, soweit nur in ihren Kräften stehe, mitzuwirken. In der nun beginnenden lebhaften Diskussion, an der sich viele Mitglieder beteiligten, wurde einem Vorkommnisse in einer hiesigen Spinnerei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Dort werden nämlich an Samstagen und an Tagen vor Festtagen Arbeiterinnen länger als zehn Stunden beschäftigt und auch über 5½ Uhr hinaus, ohne die Arbeiterinnen überhaupt zu fragen. Als dann der Spinnmeister hierauf aufmerksam gemacht wurde, erklärte derselbe einfach: „Was frage ich nach euern Dreckgesetzen!" Es wurde besonders betont, daß die betreffenden Gesetze keine „Dreckgesetze", sondern Bestimmungen seien, welche vom Gesetzgeber zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterschaft erlassen sind. Nach einem kurzen aber kernigen Schlußwort, worin der Referent auf die Ausführungen in der Diskussion näher einging und das Recht sich zu organisieren verteidigte, fand die anregend verlaufene Versammlung mit dem üblichen Gruße ihr Ende.

NB. Die Vertrauensmänner werden gebeten, am Schlusse dieses Monats abzurechnen, damit die Generalversammlung Anfang Januar stattfinden kann. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie vor oder nach der Generalversammlung die ausgefüllten Formulare abzugeben haben.

Euenheim. Die Versammlung, welche die Zahlstellen Euenheim und Wiskirchen am 4. Dez. abhielten, war gut besucht. Der Vorsitzende Kollege Hamacher, machte bekannt, daß der Zweck der Versammlung sei, verschiedene Mißstände, die in den umliegenden Fabriken herrschten, zu besprechen und über den Weg der Abhülfe zu beraten. Nachdem zuerst der anwesende Bezirksvorsitzende Sistenich über die Bestrebungen der Organisation einen Vortrag gehalten, wurden von mehreren Kollegen die dortigen, stellenweise sehr traurigen Verhältnisse einer Kritik unterzogen. Geklagt wurde besonders über lange Arbeitszeit, die von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends dauere. Sodann wurden die Lohnverhältnisse einer hiesigen Spinnerei besprochen, die als durchaus unbefriedigende festgestellt wurden. Nach einer gründlichen Aussprache wurde der Bezirksvorsitzende beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden, um die Abstellung der Beschwerden zu veranlassen, was derselbe bereitwilligst zusagte. Das Resultat wird demnächst in unserm Organ bekannt gegeben.

Nach vieler Mühe ist es uns gelungen, in Euskirchen und Umgegend Fuß zu fassen, und von Tag zu Tag haben wir Fortschritte zu verzeichnen. Leben herrscht jetzt unter der Arbeiterschaft, während vorher sozusagen Kirchhofsfriede war. Jetzt arbeitet auch der „deutsche" Verband mit Hochdruck. Schon seit Jahren hier auf dem Plane, hat das ganze Wirken desselben es außer einem Streik, der in die Brüche ging, laut letzter Abrechnung, bis auf fünf Mitglieder gebracht. Das Bild der beschaulichen Ruhe hat sich geändert, seit unser Verband einsetzte. Versammlung auf Versammlung folgte jetzt. Der Redakteur der sozialdem. Rh. Zeitung, Genosse Gilbach, den die Genossen sich verschrieben, leistet sich in Beschimpfungen der christlichen Organisation das Menschenmöglichste. Die tollsten und lächerlichsten Märchen tischt der Mann seiner blindgläubigen Anhängerschaft auf. Seine Heldentaten und das widerliche Benehmen ekelt selbst schon die Mitglieder des „deutschen" Verbandes an. Eines ihrer Mitglieder trat zu uns über und bemerkte dabei, daß es ihm in solcher Gesellschaft nicht behage, etwas vernünftiges höre man dort nicht, und es würde einem geradezu unheimlich dort. Die Kollegen von Euskirchen sind vernünftig genug, einzusehen, wo praktische und für sie ersprießliche Arbeit geleistet wird. Aus diesem Grunde schließen sich die Kollegen von Euskirchen in immer wachsender Zahl dem christlichen Textilarbeiterverbande an, der Hand anlegt, um die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Emsdetten. In der am 11. Dez. abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Hellenbröker einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Arbeiter. Er legte den Anwesenden ans Herz, stets pünktlich und gewissenhaft ihre Arbeitspflicht zu erfüllen und geißelte scharf den Alkoholgenuß in den Betrieben. Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters sei es, sowohl während der Arbeit, als auch außerhalb der Fabrik durch gutes Benehmen zu zeigen, daß es ihm ernst sei mit der Hebung seines Standes. Würde so gehandelt, dann müßte man auch dem Arbeiter um so eher seine Rechte zuerkennen. Auch würden dann die vielen Vorurteile, die man bisher unserer Bewegung entgegenbrachte, mehr und mehr schwinden. Redner schloß mit der Aufforderung: „Arbeiter, achtet Euch selbst, dann wird man auch Euch achten!" Es wurde sodann von einem Vorstandsmitgliede auf die bevorstehende Wahl der Vertreter bei der Krankenkasse hingewiesen und fand hierüber eine rege Aussprache statt. Ein Antrag betreffend statistischen Materials innerhalb unserer Ortsgruppe wurde einstimmig angenommen. Auch wurde beschlossen, am zweiten Weihnachtstage eine Weihnachtsfeier mit Verlosung zu veranstalten.

M.-Gladbach-Waldhausen. Im Lokale der Witwe J. Lennartz fand am 8. Dezember eine stark besuchte Arbeiterinnenversammlung statt. In einstündigem Vortrag sprach Fräulein Imle über den Wert und Nutzen der Organisation für die Arbeiterinnen. Als Mädchen und als Frau, so führte Frl. Imle aus, gehört die Arbeiterin, soweit sie in der Industrie beschäftigt sei, in die christliche Gewerkschaft. Auch die Arbeiterin müsse ihre Arbeitskraft so hoch im Werte halten, wie dies die Männer tun. Niemals dürfe die Arbeiterin dem männlichen Kollegen Konkurrentin sein, sondern nur Kollegin. Deshalb gehöre sie auch, wenn sie in derselben Industrie tätig sei, wie die Männer, zusammen mit diesen in die Gewerkschaft. Mit unorganisierten Arbeiterinnen seien die Unternehmer leicht fertig, sie würden in der Regel billiger entlohnt usw. Reicher Beifall folgte den trefflichen Ausführungen der Rednerin, und der Erfolg der Versammlung bestand für unsere Ortsgruppe in einer Reihe Neuaufnahmen.

Guben. Ein zweckmäßiges Weihnachtsgeschenk ist den christlichen Textilarbeitern von Guben beschieden durch die Einführeng des christlichen Textilarbeiterverbandes. In unserer Gründungsversammlung am 4. Dezember führte Kollege Schulze aus Forst den Anwesenden die Bestrebungen unseres Verbandes vor Augen. Nicht den Klassenkampf erstrebe die christliche Organisation, sondern den „Frieden auf Erden" im gewerblichen Leben. Dazu aber bedürfe es des Kampfes für unser gutes Recht, und für diesen Kampf müßten sich die Kollegen stärken und schulen. Von den Mitgliedern des „deutschen" Textilarbeiterverbandes, dem etwa 10 Proz. der hiesigen Textilarbeiter angehören, hatten sich einige eingefunden, um unsere Versammlung zu stören, was ihnen aber nicht gelang. In der Diskussion meldete sich kein Gegner zum Wort, auch nicht der hiesige freigestellte Beamte der „Freien", welcher in der Versammlung anwesend war. Nach der Versammlung ließen sich eine Anzahl Textilarbeiter als Mitglieder aufnehmen, und hoffen wir auf ein gutes Gedeihen unserer jungen Ortsgruppe.